Informationsvorlage

STADTMANNHEIM²
Der Oberbürgermeister

Dezernat II	Az. 50.00.50	Datum 02.03.2010	**Nr. 186 / 2010**

Betreff:
Geschäftsbericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderung 2006-2009

Betrifft Antrag/Anfrage Nr.

Antragsteller/in:

[X] nur zum Versand an die Mitglieder des **Gemeinderats**

[X] Öffentlich [ ] Nichtöffentlich

Finanzielle Auswirkungen ? [ ] ja [X] nein

Finanzielle Auswirkungen (falls „ja“: zumindest geschätzt)

1) **Einmalige Kosten/ Erträge**

Gesamtkosten der Maßnahme		€
Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse usw.)	./.	€
Kosten zu Lasten der Stadt		€

2) **Laufende Kosten / Erträge**

Laufender Betriebs- und Unterhaltungsaufwand- (einschl. Finanzierungskosten)		€
zu erwartende Erträge	./.	€
jährliche Belastung		€

Dr. Kurz Grötsch

Sachverhalt

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung der Stadt Mannheim legt seinen ersten Geschäftsbericht für den Zeitraum 2006 bis 2009 vor (Anlage).

Geschäftsbericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderung 2006-2009

Fachbereich Soziale
Sicherung, Arbeitshilfen
und Senioren

STADT MANNHEIM
Dezernat II
Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Kultur

Geschäftsbericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderung 2006-2009

Impressum

Herausgeber Stadt Mannheim
Dezernat für Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Kultur
Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren

Redaktion Klaus Dollmann
Frank Großmann
Werner Greuling
Walter Werner

Bezug Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren, Planungsbüro
K 1, 7-13, 68159 Mannheim
sozialplanung@mannheim.de

Kontakt Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Klaus Dollmann
K 1, 7-13, 68159 Mannheim

Tel: 0621 293-3490
Fax: 0621 293-473490
klaus.dollmann@mannheim.de

Druck Hausdruckerei der Stadt Mannheim
Mannheim, März 2010

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **7**

Einführung **9**

Positionierung des städtischen Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Landschaft der Behindertenhilfe **11**

Aufgabenprofil des Beauftragten für Menschen mit Behinderung **13**

Gesellschaftliche Entwicklungsfelder **15**

Aktivitäten und Projekte – ein Überblick **19**

Exkurs: Die Deklarationen von Barcelona, Madrid und New York **28**

Aktivitäten und Projekte – Events **30**

Exkurs: Betroffene – Menschen die anders sind? **36**

Ausblick auf das Jahr 2010 ..... **38**

Ein Wort zum Schluss: Ihr Beitrag ist wichtig! **39**

Anhang **41**

Vorwort

Michael Grötsch

Hermann Genz

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit der im Jahre 2006 auf Beschluss des Gemeinderates geschaffenen Stelle des Beauftragten für Menschen mit Behinderung ist der kommunalpolitische Wille der Stadt Mannheim, den Belangen von Menschen mit Behinderung in Mannheim eine noch stärkere Beachtung zu schenken, auf nachdrückliche Weise umgesetzt worden. Der Ihnen vorliegende Bericht ist ein eindrucksvolles Zeugnis hierfür.

Der mit dem Amt des Beauftragten für Menschen mit Behinderung betraute Klaus Dollmann zieht ein erstes Fazit seiner Tätigkeit.

Der Bericht zeigt die Handlungsfelder, die der Beauftragte für Menschen mit Behinderung in enger Zusammenarbeit mit der gesamten Stadtverwaltung angeht, um die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verhindern und zu beseitigen. Er verfolgt dabei das Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und das möglichst in selbstbestimmter Lebensführung.

Ein Meilenstein seiner seitherigen Agenda war die Beschlussfassung des Gemeinderats am 13.10.2009. Hier wurde einstimmig beschlossen, der Erklärung von Barcelona „Die Stadt und ihre Behinderten“ durch Unterschrift beizutreten.

Diese Erklärung beinhaltet grundlegende Vereinbarungen auf dem Weg zu einer stärkeren Verwirklichung von Barrierefreiheit, Integration, Inklusion und Teilhabe für Menschen mit Behinderung. Der Beteiligung von Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderung kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Der Beauftragte plant aktuell einen Behindertenkongress mit dem Leitthema „Mannheim – die behindertenfreundliche Stadt“, der in diesem Herbst stattfinden soll.

Unsere Stadt hat sich auf den Weg gemacht, Integration und Teilhabe zum Maßstab für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen.

Michael Grötsch
Bürgermeister

Hermann Genz
Leiter des Fachbereichs Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren

Einführung

Klaus Dollmann

Anfänge

Im Jahr 2006 wurde in der Mannheimer Stadtverwaltung die Stelle des Beauftragten für Menschen mit Behinderung ins Leben gerufen. Am 18.05.2006 habe ich meine Arbeit aufgenommen.

Anstöße

Wichtige Anstöße, den Belangen von Menschen mit Behinderung in Mannheim eine noch stärkere Beachtung zu schenken, kamen von der Bundes- und Landesebene.

Der baden-württembergische Landtag hatte 2005 das Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen beschlossen. „Ziel dieses Gesetzes“, so heißt es in § 1, „ist es, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verhindern und zu beseitigen sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten, ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen und dabei ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.“

Beiträge

Wichtige Beiträge zu einer besseren Wahrnehmung behindertenspezifischer Problemstellungen leisteten jedoch die Behindertenverbände selbst.

Dies geschah unter Berufung auf internationale Übereinkommen und Programmatiken wie die „Erklärung von Barcelona“ (1995), die „Deklaration von Madrid“ (2003) sowie die „Übereinkunft der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (2006).

Zuordnung

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung erhält im Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren unmittelbaren Zugriff auf die Erfahrungen und Kompetenzen der Bereiche Eingliederungshilfe, Hilfe zum Lebensunterhalt, Sozialplanung im Allgemeinen und Behindertenplanung im Besonderen und kann seine anwaltliche Perspektive im Planungsbüro einbringen. Dies erwies sich als

außerordentlich hilfreich für einen professionellen Aufbau seines Geschäftsfeldes und Wirkungsbereiches.

Klaus Dollmann
Beauftragter für Menschen mit Behinderung

Klaus Dollmann, Jg. 1951, ist von Beruf Sozialarbeiter und war als solcher 13 Jahre lang in der Bezirksstelle Mannheim Süd auf der Rheinau in der bezirklichen Sozialarbeit tätig. Darauf folgte eine langjährige Tätigkeit als Gesamtpersonalratsvorsitzender der Stadt Mannheim. Klaus Dollmann ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Positionierung des städtischen Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Landschaft der Behindertenhilfe

Woran denken Sie, wenn Sie von „behinderten Menschen“ hören? An die querschnittsgelähmte Rollstuhlfahrerin? Eine Gruppe geistig behinderter Jugendlicher? Den Kollegen, der bei einem Arbeitsunfall einen Arm verlor?

Es gibt körperliche, seelische und geistige Behinderungen

Man kann Behinderungen nach verschiedenen Kriterien einteilen. Am gängigsten ist die Einteilung in körperliche Behinderungen (z. B. Bewegungsstörungen, Dysfunktion von Gliedmaßen oder anderen Organen), geistige Behinderungen (z. B. Down-Syndrom, Sotos-Syndrom) und seelische Behinderungen (z. B. schwere, chronisch verfestigte Zwangsstörung, Schizophrenie).

Das SGB IX formuliert es so:

„Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.“ (SGB IX, § 2, Abs. 1)

Hier werden Kriterien formuliert, nach denen entschieden wird, inwieweit die Gesellschaft einen Menschen mit professioneller Sozial- bzw. Eingliederungshilfe unterstützen soll.

Viele spezialisierte Anlaufstellen für Menschen mit Behinderung

Ein insgesamt breites Spektrum an Hilfsangeboten hat sich auf dieser Basis in unserer Gesellschaft entwickelt: vom Schulkindergarten für Gehörlose bis zur Sonderschule für Blinde, vom behindertengerechten betreuten oder geschützten Wohnen bis zur Werkstatt für Menschen mit geistiger oder seelischer Behinderung.

An die genannten Einrichtungen angeschlossen oder ihnen vorgeschaltet sind Kontakt- und Beratungsstellen. Staatliche Leistungen sollen über Servicestellen vermittelt werden. Je nach Problematik und Bedarf gibt es im Mannheimer Raum für Menschen mit Behinderung eine Vielzahl von Anlaufstellen. Für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf werden spezifische Beratungen angeboten. Beim Berufseinstieg oder Problemen im Arbeitsleben sind Integrationsamt oder -fachdienst Ansprechpartner. Arbeitsagentur und ARGE/ Job-Center helfen bei der Arbeitssuche. Grundsicherungsleistungen / Hilfe zum Lebensunterhalt und Eingliederungshilfe erhält man im Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren. Nachteilsausgleiche können beim Versorgungsamt des Rhein-Neckar-Kreises beantragt werden, etc.

Neben den Dienstleistungsangeboten der Behindertenhilfe im engeren Sinne existiert in Mannheim auch eine Vielfalt von Arbeitskreisen und -gruppen, Initiativen und Betroffenenverbänden, die sich mit dem Ziel der fortwährenden Verbesserung der Situation der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung, insbesondere einer stärkeren Berück-

sichtigung ihrer Mitsprache und Selbstbestimmung engagieren. Aufschluss hierüber gibt der Mannheimer Behindertenbericht.

Wozu ein städtischer Beauftragter für Menschen mit Behinderung?

Wozu dann aber zusätzlich ein städtischer Beauftragter für Menschen mit Behinderung?

Vier wichtige Gründe seien hier genannt:

(1) Trotz aller Hilfsangebote gibt es in Einzelfällen immer wieder Problemkonstellationen, die vom Gesetzgeber nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten bzw. für die sich keine der spezialisierten Stellen ohne weiteres zuständig fühlt.

(2) Organisationen und Dienstleistungsanbieter arbeiten oftmals zu wenig abgestimmt bzw. koordiniert, so dass die Leistungsfähigkeit der Hilfesysteme nicht voll ausgeschöpft werden kann. Entsprechendes gilt für Verbände und Initiativen, deren Engagement häufig zu wenig kommuniziert und gebündelt wird.

(3) Es bedarf einer zentralen Stelle zur Feststellung der Interessen und Bedarfe behinderter Menschen sowie zur Vermittlung derselben an die Kommunalpolitik und in Richtung aller anderen Entscheidungsträger und -ebenen in Verwaltung und Stadtgesellschaft insgesamt.

(4) In einer Großstadt ist eine Instanz notwendig, die sich verantwortlich um die Verwirklichung des Rechts auf Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Stadtgesellschaft kümmert: national vor allem beim Sozial- und Baurecht, international bei Verpflichtungen, wie sie sich aus der vom Gemeinderat unterzeichneten Erklärung von Barcelona oder der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ergeben.

Aufgabenprofil des Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Die beschriebenen Aufgabenstellungen und Handlungsoptionen wurden im Mannheimer Gemeinderat bzw. im Sozialausschuss intensiv erörtert. Daraus erwuchs eine Beschreibung des Aufgabenprofils der Arbeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderung, die sich wie folgt darstellt:

- Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung soll Ansprechpartner für behindertenspezifische individuelle Anfragen aller Art sein. Er bemüht sich pragmatische Lösungen zu finden, indem er die Situation des Hilfesuchenden analysiert und auf passende Ressourcen verweist, nötige Bezüge zwischen Leistungserbringern herstellt, Unterstützung bei leistungsrechtlichen Konflikten bietet etc.

  Ansprechpartner für jeden Menschen mit Behinderung

- In enger dialogischer Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Behindertenhilfe soll sich der Beauftragte für Menschen mit Behinderung um eine fortwährend aktualisierte Bestandsaufnahme der Situation behinderter Menschen in Mannheim sowie die Beschreibung notwendiger Veränderungen bemühen.

  Bestandsaufnahme

- Aus der Bedarfs- und Ressourcenermittlung erwächst die Möglichkeit der Erarbeitung von Verbesserungs- bzw. Lösungsvorschlägen. Diese Aufgabe gemeinsam mit Praktikern und Experten der jeweiligen Bereiche anzugehen, ist dabei unerlässlich.

  Erarbeitung von Fachkonzepten

- Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung ist verantwortlich, den beständigen Austausch mit Entscheidungsträgern insbesondere im Bereich Bau/Wohnen, ÖPNV, Tagesbetreuungseinrichtungen, Schule und Arbeitswelt zu pflegen. Ziel ist eine stärkere Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen, wobei vor allem Prozesse der Integration bzw. Inklusion angestoßen und forciert werden sollen.

  Austausch mit wichtigen Entscheidungsträgern

- Es gilt, die Zusammenarbeit von Behindertenverbänden, Wohlfahrtsträgern, öffentlichen Stellen und Einrichtungen der Behindertenhilfe zu verbessern. Hierzu ist das Behindertenforum Mannheim mit dem Netzwerk geknüpft worden, das Austausch, Kommunikation und Koordination der Hilfeerbringer gewährleistet. Die Leitung liegt beim Beauftragten für Menschen mit Behinderung.

  Netzwerk der Behindertenhilfe – das Behindertenforum Mannheim

- Alle Akteure der Mannheimer Kommunalpolitik haben ein reges Interesse an einer kontinuierlichen Verbesserung der Situation der von Behinderungen betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung soll als Interessenvertreter und Vermittler von Bedarfsanalysen und Handlungskonzepten in den Gremien des Gemeinderates und in den Verantwortungsbereichen der Stadtverwaltung fungieren.

  Vermittlung zur Kommunalpolitik

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung trägt zur Sensibilisierung der Stadtgesellschaft für die Belange behinderte Mitbürger durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit bei. Events aller Art, die das Verständnis und Miteinander zwischen Menschen mit und ohne Behinderung vertiefen, sollen ermutigt und gefördert werden. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung ist gehalten, bei wichtigen Veranstaltungen der Behindertenhilfe als Ansprechpartner und Impulsgeber präsent zu sein.

Gesellschaftliche Entwicklungsfelder

Im Folgenden soll ein näherer Blick auf die Situation in den verschiedenen Problemfeldern, die für den Beauftragten für Menschen mit Behinderung bei der Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben besondere Relevanz haben, geworfen werden. In diesen Bereichen liegen Brennpunkte der Behindertenhilfe. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung steht hier Fachleuten und Betroffenen als städtischer Ansprechpartner zur Verfügung. Er hat die Möglichkeit, Plattformen der Kommunikation und Beteiligung zu bilden; versucht, Problembearbeitungen anzustoßen, Hinweise aus der Praxis aufzunehmen und weiterzuleiten, Unterstützung, notwendige Umstrukturierungen sowie Optimierungen der Rahmenbedingungen anzuregen oder zu organisieren.

Hilfen für Kinder mit Behinderung im Vorschulalter

In diesem Bereich geht es um Kinder im Alter von 0-6 Jahren, die aufgrund von manifesten Behinderungen oder Entwicklungsdefiziten einen erhöhten Förderbedarf haben. Frühförderung kann medizinische Betreuung und Behandlung sowie psychologische, heilpädagogische, sonderpädagogische, psychosoziale Hilfen beinhalten. Sie kann ganz oder teilweise in Schulkindergärten oder integrativen Kindertagesstätten geleistet werden – durch angestellte oder externe Fachkräfte – aber natürlich auch in therapeutischen Praxen außerhalb.

Jedes Kind braucht eine individuelle Förderung

Eine integrative Betreuung in Krippen und Kindergärten (Gruppen mit Kindern mit und ohne erhöhten Förderbedarf) ist dabei wünschenswert. Forschungsergebnisse weisen eine positive Wirkung sowohl auf die behinderten wie auch die nichtbehinderten Kinder nach.

Integrative Angebote sind wichtig

Im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Wirkung hat die integrative Arbeit im Kindesalter besonderes Gewicht, da auf diese Weise gewissermaßen von (Lebens-)Anfang an die Basis für einen unkomplizierten Umgang zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen geschaffen wird. Das Angebot an integrativen Plätzen ist jedoch nicht bedarfsdeckend. Ein Umdenken in Regeleinrichtungen und bei verantwortlichen Trägern ist nötig.

Gute Modelle, die es ermöglichen, dem jeweiligen individuellen Hilfebedarf eines Kindes zu entsprechen, sowie Finanzierungsformen für den Mehraufwand durch ausstattungsmäßige und personelle Anpassungen sind gefragt.

Schule für Kinder mit Behinderung

Der schulische Bereich knüpft in vielen Fällen an die Arbeit im Frühförderbereich an. Das Ziel ist, Kinder mit Behinderung in optimaler Weise auf das Erwachsenenleben vorzubereiten, indem Defizite durch spezielle Förderung kompensiert, wenn möglich überwunden werden.

Kooperative Modelle im Schulbetrieb müssen ausgebaut werden

Es gibt Sonderschulen verschiedener Ausrichtung. Es kann eine Spezialisierung auf kognitive Lernbehinderungen stattfinden, aber auch eine Ausrichtung des Schulbetriebs auf Arten der sinnlichen Beeinträchtigung (z.B. Blindheit, Taubheit) geschehen.

Auch hier wurde in den letzten Jahren verstärkt nach tragfähigen integrativen Modellen gesucht. Die sogenannten Außenklassen, bei denen Sonderschüler gemeinsam mit Regelschülern unterrichtet werden, haben sich – bei einer der jeweiligen Gruppensituation bzw. -zusammensetzung angemessenen Ausgestaltung – bewährt.

Das Modell wird jedoch noch zu wenig praktiziert.

Barrierefreies Wohnen

Möglichkeiten der Reduzierung von Barrieren werden in Planung und Bau noch zu wenig bedacht

Besonders Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, bedürfen einer entsprechenden baulichen Ausgestaltung ihrer Wohnung. Nicht immer geht es dabei um einen großen finanziellen Mehraufwand. Es sind oft bereits kleine Dinge, deren Berücksichtigung sehr hilfreich bzw. deren Nichtbeachtung sehr hinderlich sein kann. Wichtig ist es deshalb, schon in der baulichen Planung Möglichkeiten der Reduzierung von Barrieren mit zu bedenken.

Da dies jedoch in der Vergangenheit viel zu wenig geschah, sind nun für ein bedarfsgerechtes Angebot nicht selten aufwendige Umbaumaßnahmen erforderlich. Dies schlägt sich freilich entsprechend in Mietpreisen nieder, was deshalb besonders problematisch ist, weil das Vorliegen einer Behinderung oft mit einer eher knappen finanziellen Ausstattung einhergeht.

Barrierefreie Mobilität

Noch zu viele Hindernisse im ÖPNV sowie im gesamten öffentlichen Raum

Wie behindertengerecht bzw. barrierefrei ist das öffentliche Leben im Mannheimer Raum? Hier geht es um die Zugänglichkeit von öffentlichen Einrichtungen, Kirchen, Kinos, Restaurants, Läden, Parks etc. Der Thematik wird – das ist sehr begrüßenswert – zunehmende Beachtung geschenkt. Einen Schwerpunkt bildet dabei natürlich der Öffentliche Personennahverkehr.

Wie im Bereich Wohnen gilt auch hier: eine Sensibilisierung der zuständigen Stellen für behindertenspezifische Belange trägt dazu bei, dass in der Planungs- und Ausführungsphase bereits so gearbeitet wird, dass sich erhebliche Kosten für spätere Umbaumaßnahmen erübrigen. Gute Modelle sind hier in jüngerer Zeit unter der Überschrift „Design for all“ entwickelt worden. Von einem „Mehr“ an Benutzerfreundlichkeit profitieren häufig nicht nur Menschen mit Behinderung. Bewegungsfreiheit in Bahnen und Bussen etwa ebenso wie komfortable Einstiegshöhen sind für Eltern mit Kinderwagen genauso wichtig wie für Rollstuhlfahrerinnen oder Rollatoren-Nutzer.

Der behinderte Mensch in der Familie

Ambulante Betreuung muss ausgebaut werden

Eine Behinderung stellt für den Betroffenen selbst, in vielen Fällen aber auch für sein familiäres Umfeld, eine Herausforderung dar, der mit entsprechenden Hilfen begegnet werden muss. Nicht immer ist dies ohne Unterstützung von außen möglich. Nachdem in der Vergangenheit sehr oft eine Heimunterbringung als die optimale Lösung erschien, versucht man in der Gegenwart vermehrt, Betreuung so zu organisieren, dass Betroffenen der Verbleib im vertrauten familiären und sozialen Umfeld möglich wird. Dies erfordert jedoch Umstrukturierungen in den Hilfs- und Betreuungssystemen.

Arbeit für Menschen mit Behinderung

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist bereits für nicht behinderte Menschen schwierig. Für Arbeitssuchende mit Behinderung sind die Barrieren jedoch noch sehr viel höher. Trotz umfangreicher Unterstützungsmaßnahmen stellen Unternehmen über ihren Pflichtanteil hinaus (bei größeren Unternehmen 5 %) selten behinderte Arbeitnehmer/-innen ein.

Gute Arbeit in Integrationsbetrieben, doch zu wenig Integration im normalen Erwerbsalltag

Im Mannheimer Raum gibt es einige Integrationsbetriebe, die sich als Sozialunternehmen verstehen, und überwiegend Menschen mit Behinderung beschäftigen. Dies ist für all die Bürgerinnen und Bürger sehr hilfreich, die – zumindest nach derzeitiger Lage – kaum Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben. Für manch einen Beschäftigten stellt der Integrationsbetrieb aber auch eine Möglichkeit dar, berufliche Fähigkeiten unter Beweis zu stellen bzw. auszubauen und dient als Sprungbrett in ein reguläres Arbeitsverhältnis.

Für eine weitere Gruppe behinderter Menschen mit ausgeprägtem Hilfebedarf stellen die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) eine gute Lösung dar.

Menschen mit Behinderung im Alter

Probleme für älter werdende Menschen mit Behinderung – Beschäftigung, Freizeit, ambulante und stationäre Betreuung

Wie in Deutschland insgesamt werden auch in Mannheim in den nächsten Jahren in deutlich wachsender Zahl Menschen mit dauerhafter Behinderung in den Ruhestand eintreten. Viele von ihnen haben zuvor in einer WfbM gearbeitet. Die Beschäftigung trug wesentlich dazu bei, ihrem Leben Struktur, Inhalt und Sinn zu geben. Die Gestaltung des Ruhestands stellt sie daher oftmals vor große Probleme, zumal der Spielraum, den sie dabei haben (Interessen, gesellschaftliches Engagement, finanzielle Ressourcen für Reisen, Kultur etc.), infolge ihrer Behinderung zumeist eher begrenzt ist. Kommt dazu eine Pflegebedürftigkeit, tun sich Fragen nach der Organisation der ambulanten oder stationären Betreuung sowie der Kostenträgerschaft in einer oftmals komplizierteren Art und Weise auf, als dies sonst der Fall ist. Zahlt die Pflegekasse oder der Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren? Verbleibt ein Mensch im vertrauten Umfeld der Einrichtung, in der er sein bisheriges Leben zugebracht hat, oder sollte bzw. kann er überhaupt in einem Pflegeheim untergebracht werden?

Ein Blick auf die Gesellschaft insgesamt

Natürlich regen die Defizite, die bezüglich der Emanzipation, Gleichbehandlung und Integration behinderter Menschen bestehen, auch zu einem grundsätzlichen Nachdenken über gesamtgesellschaftliche Hintergründe an. Ohne hierbei zu sehr in den sozialphilosophischen Bereich abzuschweifen, scheint der Hinweis auf zumindest zwei wesentliche Merkmale unserer sozialen Gegenwart – denen auch im Kontext einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit Beachtung geschenkt werden muss – sinnvoll.

Sozialverantwortlich handeln, auch wenn es mit Belastungen einhergeht

Zum einen wäre die immer wieder von sozialpsychologischer Seite diagnostizierte, in modernen Gesellschaften weit verbreitete Fragilität der Fähigkeit zu nennen, Unvollkommenheiten, Leidvolles, Belastendes, Schwieriges bejahen und konstruktiv integrieren zu können. Dies betrifft sowohl den individuellen Bereich (verwiesen sei bspw. auf den kontinuierlichen Anstieg psychischer Erkrankungen), wie auch den sozialen, mit der zunehmenden Unverbindlichkeit in den – naturgemäß immer auch konfliktbesetzten – zwischenmenschlichen Bezügen.

Die Dominanz ökonomischen Denkens – ein unzulänglicher Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Gesellschaft

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Dominanz ökonomischen Denkens in modernen Gesellschaften. Leistungssteigerung, Wachstum, Gewinnmaximierung – dies alles sind sinnvolle Ziele, solange sie eine angemessene Zuordnung in einem sozialen System erfahren, das sich von der Qualität des menschlichen Miteinanders her bestimmt. In der Gegenwart ist jedoch längst eine Verselbstständigung und Entgrenzung ökonomischer Leitmotive zu verzeichnen. Ein soziales Unternehmerverhalten bleibt dabei allzu oft auf der Strecke.

Das somit zu konstatierende eher ungünstige „soziale Betriebsklima“ erschwert selbstverständlich Bemühungen, die Situation von Menschen mit Behinderung im Sinne der oben formulierten Zielsetzungen zu verbessern.

Aktivitäten und Projekte – ein Überblick

2006

2006 – der Beauftragte für Menschen mit Behinderung als neue Instanz der Behindertenhilfe – Bezüge herstellen, Überblick gewinnen

Die Arbeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderung vollzieht sich in einem beständigen Austausch mit Betroffenen, Akteuren und Fachleuten im Bereich der Mannheimer Behindertenhilfe. Nach Übertragung der Aufgaben im Juni 2006 ging es deshalb zunächst schwerpunktmäßig darum, Bezüge zu wichtigen Entscheidungsträgern herzustellen und einen möglichst detaillierten Überblick über die Aktivitäten in allen relevanten Bereichen zu gewinnen. Wie sind Umfang und Qualität der angebotenen Dienstleistungen einzustufen? Welche Bedarfe, Probleme und Erwartungen gibt es? Auf dem Programm des Beauftragten für Menschen mit Behinderung standen der Besuch von Einrichtungen sowie die Teilnahme an wichtigen Veranstaltungen der Organisationen, Gremien und Netzwerke. Beispielhaft seien hier genannt: das Gerontopsychiatrische Forum, die Planungsgespräche mit älteren Menschen, die Veranstaltungen der Mannheimer Woche der Seelischen Gesundheit und der AG Barrierefreiheit, die sich durch ein sehr wirkungsvolles Engagement im Hinblick auf eine behindertengerechte Stadtgestaltung (regelmäßige AG-Treffen, Konferenzen, Publikationen, Konsultation bei städtischen Bauprojekten) auszeichnen.

Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik

Einen besonderen Stellenwert hat die Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung pflegte den regelmäßigen Austausch mit Stadträten und nahm an den Sitzungen des Sozialausschusses und an weiteren Zusammenkünften des Gemeinderats, soweit sie sein Arbeitsfeld unmittelbar betrafen, teil. Ebenso sei die Teilnahme an den Vorbereitungssitzungen zu einer Entwicklungskonzeption für die Innenstadt erwähnt. Auch hier fungierte der Beauftragte für Menschen mit Behinderung als Interessenvertreter und Anwalt einer barrierefreien Stadtgestaltung.

2007

Das Jahr 2007 – Erweiterte Bestandsaufnahme

Das Spektrum der Aktivitäten fand eine weitere Ausgestaltung im Jahr 2007. Die Arbeitsbeziehung zu relevanten Stellen wurde vertieft, der Einbezug von Betroffenen erweitert. Dazu trugen wesentlich in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro entwickelte Konzepte bei, deren Ziel eine Konkretisierung notwendiger Maßnahmen und Handlungsschritte zur kontinuierlichen Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung im Sinne der oben geschilderten Aufgabenstellungen ist (fachlich kompetente Hilfen, Beachtung des Selbstbestimmungsinteresses bzw. -rechts betroffener Bürger, Integration bzw. Inklusion in allen Bereichen des städtischen Lebens).

Ein Höhepunkt war die Gründung des Behindertenforums. In regelmäßigen Zusammenkünften, öffentlichen Veranstaltungen, Workshops und Expertengespräche wurden im Kreis aller maßgeblichen Träger und Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie Betroffener und

ihrer Organisationen alle wichtigen Fragen zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung erörtert und Empfehlungen an die Kommunalpolitik formuliert.

Abb. 1: Kein „Schreibtischjob" – der Arbeitsalltag des Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Ein Arbeitstag des Behindertenbeauftragten kann sich bspw. so gestalten:*

Vormittag: Regelmäßig treffen sich die Mitarbeiter des Planungsbüros und der Beauftragte für Menschen mit Behinderung zur Besprechung. Im November 2008 geht es u. a. um Fortschritte in der konzeptionellen Vorbereitung des Expertengesprächs Frühförderung, des Jobmarkts für Arbeitsuchende mit Behinderung, der Workshops im Rahmen der Erarbeitung eines lokalen Aktionsplans.

Wenn der Beauftragte für Menschen mit Behinderung schließlich in sein Büro kommt, warten oft bereits telefonische Anfragen bzw. Rückrufgesuche von betroffenen Menschen auf ihn. – Ein Klient mit spastischer Problematik sucht verzweifelt nach einem Arbeitsplatz, nachdem er einen Magisterstudiengang mit hervorragenden Ergebnissen abgeschlossen hat. – Eine Klientin bedarf zur Durchführung einer Weiterbildung bestimmter orthopädischer Hilfen. Da sie „nur" zu 40 % behindert ist, gibt es jedoch Probleme bezüglich der finanziellen Unterstützung. – Oft bedarf es einiger Telefonate und Vier-Augen-Gespräche, um individuelle Lösungen zu finden

Nachmittag: Bedingt durch das recht breit gefächerte Aufgabenspektrum ist der Beauftragte für Menschen mit Behinderung oft „on tour": Ein Gespräch im Jugendamt bei der Abteilungsleiterin für Tageseinrichtungen für Kinder steht an. Das Anliegen, die Möglichkeiten integrativer Frühförderung zu verbessern, wird hier von den Verantwortlichen voll bejaht und mitgetragen. Schwerpunkte für den weiteren Fachdialog zum Thema werden erörtert.

Zurück im Büro – Natürlich wartet auf den Beauftragten für Menschen mit Behinderung immer auch Schreibarbeit. Eine Gemeinderatsvorlage ist fertig zu stellen, ein Kurzreferat für eine Hochschulveranstaltung ist zu entwerfen, eingegangene Post muss bearbeitet werden etc.

Abend: Wichtige Veranstaltungen finden nicht selten am Abend statt. – Die Patientenberatung im Gesundheitstreffpunkt wird eingeweiht – ein Ereignis, das bei Verantwortlichen der Mannheimer Kommunalpolitik auf große Anteilnahme stößt. – Die Einrichtung wird schwerpunktmäßig gerade die Patienten unterstützen, die aufgrund ihrer Behinderung auf vielfältige Hilfen angewiesen, im Hinblick auf eine gut koordinierte Inanspruchnahme derselben oder auch bei eventuellen Konflikten mit Leistungserbringern jedoch überfordert sind. Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung weist in diesem Zusammenhang besonders auf die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit und Abstimmung der verschiedenen im Bereich Gesundheit tätigen Berufsstände hin. – Auch der informelle Austausch auf Veranstaltungen wie dieser ist oft sehr fruchtbar – so etwa an diesem Abend mit der Bürgermeisterin (Dezernat III) und dem Vorsitzenden des Gesundheitstreffpunkts, der auch Landtagsabgeordneter ist, zum Thema Integration im Bildungssystem.

* Aus Anschaulichkeitsgründen entspricht die Darstellung nicht vollständig den konkreten Abläufen an dem Tag, der hier als Vorlage diente.

2008

2008 – Behindertenbericht, Dokumentation Expertengespräche, Arbeit an Handlungskonzepten

Auch im Jahr 2008 fand die Arbeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderung ihre Fortsetzung gemäß den Weichenstellungen der Vorjahre. Sowohl die Expertengespräche als auch die Vernetzung durch das Behindertenforum erwiesen sich als außerordentlich hilfreich in Bezug auf die Analyse bestehender Problemstellungen und das gemeinsame Erarbeiten von Lösungsansätzen.

Dies fand u. a. seinen Ausdruck in der Publikation des Mannheimer Behindertenberichts, in dem das Planungsbüro eine umfassende Bestandsaufnahme der städtischen Landschaft der Behindertenhilfe erarbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Hieran hat der Beauftragte für Menschen mit Behinderung intensiv mitgewirkt.

Nachdem eine vierte Sachverständigenrunde zum Themenkreis Bildung stattgefunden hatte, wurde eine erste Bilanz gezogen. Die Dokumentation zu den ersten vier Expertengesprächen zu den Themen Arbeit, Wohnen, Mobilität und Bildung wurde im November 2008 veröffentlicht.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung kann helfen – engagierte Einzelberatung

Da mit der Dauer der Tätigkeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderung auch der Bekanntheitsgrad als Anlaufstelle wächst, wurde die Möglichkeit der Einzelberatung durch Klienten mit einer Behinderungsproblematik verstärkt genutzt. In vielen Fällen konnten gute Lösungen für individuelle Problemstellungen gefunden werden, was immer auch der oft unkonventionellen Hilfsbereitschaft anderer Partner innerhalb der Mannheimer Behindertenhilfe, die jeweils miteinbezogen werden, zu verdanken ist.

Diversity Management – auch in der Wirtschaft gibt es gute Ansätze, der Beauftragte für Menschen mit Behinderung findet Gehör

Sehr erfreulich ist, dass den Anliegen behinderter Menschen in wachsendem Maße auch in Bereichen Beachtung geschenkt wird, die hierfür bislang eher weniger zugänglich erschienen. Beispielhaft sei in diesem Zusammenhang eine Tagung zum Thema „Diversity Management“ an der Hochschule Mannheim im November 2008 genannt, in die der Beauftragte für Menschen mit Behinderung einbezogen wurde. Im Tagungsverlauf wurde deutlich, dass es Ansätze eines engagierten Umdenkens in Fragen der Beschäftigung behinderter Menschen in Teilen der Wirtschaft durchaus gibt.

Tagungen und Weiterbildungen – Fachliches Geben und Nehmen

Bezüglich der Entwicklungen im Behindertenbereich immer „up to date“ zu sein und einen möglichst weiten Überblick zu haben, ist ein zentrales Anliegen des Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Deshalb hat die Wahrnehmung überregionaler Tagungen zu behindertenrelevanten Themen sowie spezifischer Weiterbildungsmaßnahmen einen hohen Stellenwert. Immer wieder erweist sich der Austausch mit Fachleuten aus anderen Städten, Bundesländern oder Staaten als sehr bereichernd, so z. B. auf einer Tagung des Deutschen Vereins im November 2008) zum Thema Frühförderung. Es war sehr interessant zu erfahren, wie selbstverständlich integrative Formen der Tagesbetreuung und Beschulung in Ländern wie Italien oder Norwegen praktiziert werden, welche Rahmenbedingungen dafür geschaffen und welche Erfahrungen dabei gemacht wurden.

Abb. 2: Es gibt im Mannheimer Raum eine Vielzahl von Anlaufstellen für Menschen mit Behinderung. Mit welchen Problemen wenden sich Betroffene an den Beauftragten für Menschen mit Behinderung? Im Folgenden zwei Fallbeispiele (aus Vertraulichkeitsgründen wurden Namen verändert und Umstände anonymisiert).

Frau S., 42, ist nach einem Unfall stark gehbehindert und auf einen Rollstuhl angewiesen. Die Suche nach einer behindertengerechten Wohnung hatte schließlich Erfolg. Frau S. war erfreut, stellte aber bei der Wohnungsbesichtigung fest, dass die Wohnung unbedingt renovierungsbedürftig ist. Auch fehlten selbst grundlegende Einrichtungsgegenstände, wie etwa eine Spüle. Der Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren konnte den rechtlichen Vorgaben gemäß zwar die Ersteinrichtung mit gebrauchtem Mobiliar finanzieren; für die Einrichtung und Wohnungsrenovierung wurde Frau S. jedoch auf ihren geschiedenen Mann und ihren Sohn verwiesen. Ersterer konnte jedoch weder für persönliche Hilfe gewonnen werden noch für eine finanzielle Unterstützung, zumal er selbst ALG II-Empfänger war. Auch das Verhältnis zum Sohn war zerrüttet, so dass sich Frau S. einfach nicht überwinden konnte, ihn um Hilfe zu bitten. Für professionelle Maler oder Umzugshelfer fehlte Frau S. das Geld. – In diesem Fall konnte der Beauftragte für Menschen mit Behinderung helfen, indem er kurzfristig eine Gruppe ehrenamtlicher Unterstützer organisierte.

Herr B., 38, Angestellter in einem kleinen Unternehmen, erlebte vor 8 Jahren ein schweres Busunglück. Körperliche Schäden blieben nicht zurück, jedoch hat Herr B. seit dem mit panischen Angstzuständen beim Benutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln zu kämpfen. Auch ist er seitdem unfähig, selbst Auto zu fahren. Mehrere Therapieversuche fruchteten nicht. Man legte ihm nahe, sich mit seiner Problematik so gut als möglich zu arrangieren und die Dinge in seinem Leben zu fokussieren, die er nach wie vor sehr erfolgreich bewältigen konnte. Als Alternative für den langen Weg zur Arbeit schien so nur die Taxifahrt in Frage zu kommen. Ein Umzug hätte an der Situation nichts geändert, da in der Nähe des Unternehmens (Gewerbegebiet) kaum Wohnraum zu finden war, bzw. sich die umgekehrte Problematik (Anbindung zur Stadt) ergeben hätte. Zumal das Einkommen nicht übermäßig hoch war, summierten sich die Taxikosten auf schwer zu bewältigende Beträge. Nachdem Herr S. hier zunächst Unterstützung vom Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren erhalten hatte, fiel dieser Zuschuss nach rechtlichen Veränderungen jetzt weg. – In diesem Fall konnte der Ratsuchende auf Hilfe durch den Integrationsfachdienst verwiesen werden.

Regionale und überregionale Bezüge

Ebenso bedeutsam sind die regelmäßigen Zusammenkünfte der Behindertenbeauftragten des Landes Baden-Württemberg. Hier geht es um den Austausch über aktuelle Entwicklungen in den jeweiligen Landkreisen und die Diskussion politischer bzw. gesetzlicher Veränderungen auf Landesebene. Mit den Behindertenbeauftragten der umliegenden Städte (Heidelberg, Schwetzingen, Ludwigshafen) trifft sich der Beauftragte für Menschen mit Behinderung häufiger, und es besteht eine kooperative Zusammenarbeit – besonders im Bereich Mobilität in der Metropolregion Rhein-Neckar.

2009

Gemäß den Weichenstellungen der Vorjahre setzte der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen seine Arbeit fort. Das Vernetzungssystem des Behindertenforums wurde vertieft; Aufwerfen von Problemstellungen und Erarbeiten von Lösungsansätzen wurden intensiv betrieben.

Ein Höhepunkt gleich zu Beginn des Jahres war die Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Markowetz am 22. Januar 2009. Das Thema lautete “Teilhabe, Integration, Inklusion – Behindertenhilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ und lockte zahlreiches Publikum ins Collini Center, so auch den zuständigen Dezernenten Michael Grötsch, der Prof. Dr. Markowetz begrüßte.

Abb. 3: Prof. Dr. Reinhard Markowetz bei seinem Vortrag

Abb. 4: Aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer

Am 3. Februar 2009 fand ein weiteres Expertengespräch statt zu dem Thema: „Betreuung und Förderung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern in Mannheim“. Vertreter der Träger von Tagesbetreuungseinrichtungen, der Schulen und integrativen Kindergärten, des Jugend - und Schulamtes und der Frühförderberatung waren anwesend.

Abb. 5: Engagierte Diskussion beim Expertengespräch

Im Februar 2009 erfolgte die Teilnahme an einem Städtewettbewerb auf Landesebene Baden-Württemberg, veranstaltet als BRIDGE-Wettbewerb durch den Landesverband der Lebenshilfe e.V.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung arbeitete ferner an der Erstellung eines Bürgerstadtplanes mit, der unter dem Gesichtspunkt „Barrierefreiheit für Behinderte“ Punkte im Plan bezeichnete, an denen freier Zugang möglich ist.

In der Arbeitsgruppe Nahverkehr in der Metropolregion, einem Zusammenschluss der Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit Mannheim und Heidelberg, sowie den Behindertengruppen von Ludwigshafen wirkte der Beauftragte ebenfalls mit.

Ein Höhepunkt war hier die Werksbesichtigung bei Daimler-Benz Evo-Bus am 28.07.2009, bei der auch ein Gespräch mit dem Leiter der Konstruktionsabteilung und der Arbeitsgruppe stattfand.

Abb. 6: Gebärdendolmetscherin Frau Wagner übersetzt für die Gehörlosen

Abb. 7: Interessante Einblicke beim Benz

Am 18.03.2009 nahm der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der Stadt Mannheim an einer Kampagneveranstaltung der Bundesbehindertenbeauftragten in Mainz / Rheinland-Pfalz teil. Die Veranstaltung fand zu dem Thema „alle inklusive – Die neue UN-Konvention und die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen“ statt. Diese Kampagneveranstaltungen fanden in verschiedenen Bundesländern statt, nicht jedoch in Baden-Württemberg.

So soll gemeinsam mit den Teilnehmern des Behindertenforums im Rahmen verschiedener Workshops ein lokaler Aktionsplan mit Empfehlungen an die Kommunalpolitik erarbeitet werden.

Auf dem Weg zum lokalen Aktionsplan – Maßnahmen zur Optimierung der Situation von Menschen mit Behinderung

Die Schwerpunkte dieses Aktionsplans werden sich vornehmlich aus den Resultaten der Expertengespräche ergeben. An vielen Stellen besteht derzeit noch weiterer Informations- und Diskussionsbedarf, doch die Grundlagen eines Handlungskonzepts zeichnen sich bereits ab (siehe Abbildung 8).

Abb. 8: Exemplarische Zielsetzungen eines lokalen Aktionsplanes zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung

- Erweiterung des Angebotes integrativer Kinderkrippen- und Kindergartenplätze
- Optimierung der individuellen Hilfeplanung und Förderung in Tageseinrichtungen
- Weiterer Ausbau kooperativer Modelle im Schulbetrieb
- Bessere Lösungen beim Übergang von Schule zur Ausbildung sowie von Ausbildung zur Arbeitsaufnahme
- Ausbau behindertenspezifischer Existenzgründungsbegleitung
- Bessere Vermittlung von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt
- Erweiterung der Möglichkeiten ambulanter Betreuung
- Bessere Betreuung und Hilfevermittlung in Migrationsfamilien
- Bessere Integration behinderter Menschen in der Regel-Altenpflege

- Barrierefreiheit in Museen, Theatern, Kinos, Kirchen, Restaurants, bei Behörden, in Arztpraxen etc.
- Kontinuierlicher Abbau von Barrieren im ÖPNV
- Umfänglichere Versorgung mit barrierefreien, standortnahen, preiswerten Wohnungen
- Abbau von Vorurteilen und Fehlwahrnehmungen; Förderung von Verständnis, Respekt, sozialem Miteinander zwischen Menschen mit und ohne Behinderung
- Berücksichtigung behindertenspezifischer Belange auf allen Entscheidungsebenen der Stadtgesellschaft

Am 07.05.2009 fand eine gemeinsame Veranstaltung mit der Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Collini-Center statt. Im Juni 2009 schloss sich ein Workshop zum Thema „Schule – Wohnen – Alter“ an.

Am 20.05.2009 fand das halbjährliche Treffen der Behindertenbeauftragten des Landes Baden-Württemberg in Mannheim statt. Zwischen den Beauftragten fand ein Erfahrungsaustausch statt, u. a. zum persönlichen Budget der Behinderten. Bürgermeister Michael Grötsch nutzte die Gelegenheit, die Behindertenbeauftragten, die erstmals in Mannheim tagten, zu begrüßen und die Mannheimer Behindertenpolitik vorzustellen.

Abb. 9: Die Behindertenbeauftragten von Baden-Württemberg beim Besuch der barrierefreien Reiss-Engelhorn-Museen

Im Mai 2009 fand auch eine Workshopsitzung zum Thema „Frühförderung – Arbeit – Mobilität“ statt.

Im Juli 2009 fanden Workshops zu den Themen „Schule und Ausbildung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung“ „Ambulante und stationäre Betreuung“ „Mobilität und Barrierefreiheit“ und „Leben mit Behinderung im Alter“ statt.

Job-Markt für Langzeitarbeitslose mit Behinderung“

Am 09.09.2009 führte die ARGE Jobcenter Mannheim einen Job-Markt zum Thema „Arbeit finden – Job-Markt für Langzeitarbeitslose mit Behinderung“ durch, an der sich der Beauftragte für Menschen mit Behinderung beteiligt hat.

Aktion Demenz und Inklusionstag der Lebenshilfe

Vom 14. – 25.09.2009 hat der Beauftragte für Menschen mit Behinderung an der Aktionskampagne für ein demenzfreundliches Mannheim teilgenommen. Am 10.10.2009 hat er am Inklusionstag der Lebenshilfe Mannheim im John Deere Forum mitgewirkt und referierte zu dem Thema „Inklusion für alle“ und zur „Erklärung von Barcelona“. Dabei stellte er die Funktion des Behindertenbeauftragten als Bindeglied zwischen Betroffenen und Verwaltung dar und erläuterte die Ziele des Behindertenforums.

Erklärung von Barcelona vom Gemeinderat unterzeichnet

Am 03.10.2009 fasste der Gemeinderat der Stadt Mannheim den einstimmigen Beschluss, der Erklärung von Barcelona beizutreten. Vom Behindertenforum wurde der Gemeinderatsbeschluss einhellig begrüßt. Das Behindertenforum macht sich jetzt daran, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Verpflichtungen der Barcelona-Erklärung in Mannheim auch umgesetzt werden können.

Großer Behindertenkongress in Mannheim Ende 2010

Ferner soll ein Behindertenkongress „Für ein behindertenfreundliches Mannheim“ durchgeführt werden, mit dessen Organisation der Behindertenbeauftragte betraut wurde. Das Behindertenforum schlug als Termin der Veranstaltung den 03.12.2010 vor, den Internationalen Jahrestag der Behinderten. Seither ist der Behindertenbeauftragte mit den Vorarbeiten befasst. So ist mit dem Stadthaus N 1 bereits der Tagungsort fest gebucht, erste Referenten wurden angesprochen.

Am 03.11.2009 nahm der Beauftragte für Menschen mit Behinderung an der Fachveranstaltung „Design für Alle – Markt als Möglichkeiten für den Mittelstand“ im Dorint -Kongresshotel Mannheim teil. Eine Landmarke war der Vortrag „Universelles Design“, eine Begrifflichkeit aus der UNO- Behindertenkonvention. Der Vortrag zum barrierefreien Wohnen war ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung. Veranstalter war das Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft.

Exkurs:
Die Deklarationen von Barcelona, Madrid und New York

Die „Erklärung von Barcelona“ (1995) und die Übereinkunft der Vereinten Nationen über die Rechte von „Menschen mit Behinderungen“ (2006) machen konkrete, umfassende programmatische Vorgaben für die Einbeziehung behinderter Menschen. Der erklärte politische Wille der Stadt Mannheim ist ein behindertenfreundliches Mannheim. Infolgedessen ist der Gemeindrat der Stadt der Erklärung von Barcelona durch Beschluss vom 13.10.2009 beigetreten. Hingegen ist das UN – Behindertenkonvention seit dem 01.01.2009 bundesdeutsches Recht mit Bindungswirkung für alle. Es geht nicht um den Blick auf die Länder in der sogenannten Dritten Welt, bei denen der Bereich der Menschenrechte zum Teil mit Füßen getreten wird, sondern um den Blick nach Innen, auf unsere Wohlstandsgesellschaft und die Frage, wo vernachlässigen wir, wenn auch unbewusst, die Rechte der Menschen mit Behinderungen. Es geht auch um die Schärfung des Blicks für das Vorliegen von Diskriminierung aufgrund von Behinderung.

Selbstbestimmung und Inklusion – Perspektivenwechsel im gesellschaftlichen Umgang mit dem Themenkreis Behinderung

Gerade auch die Erklärung von Barcelona enthält für ein Land wie Deutschland, das über hochentwickelte Hilfesysteme, eine breite Akzeptanz solidarischer Gesellschaftsgestaltung und Rechtssicherheit für jeden Bürger verfügt, grundlegende Anstöße. Sie mahnt an, Menschen mit Behinderung als gleichberechtigte Glieder unserer Gesellschaft zu verstehen (Inklusion) sowie Ausgrenzungstendenzen der Vergangenheit zu korrigieren und Betroffene in den normalen Lebensvollzug hinein zu nehmen (Integration).

Volle Gleichbehandlung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Integrieren kann man nur, was „außen vor“ ist. Die Abgrenzung von den vermeintlich andersartigen Betroffenen ergab sich aus der Fokussierung der vorliegenden Behinderungen. Dem entsprach die gängige Betreuung in Sondersystemen (Sonderschulen, Heime, Werkstätten für Menschen mit Behinderung). In der Deklaration von Barcelona und der UN-Behindertenkonvention drückt sich ein diesbezügliches Umdenken in den letzten Jahren aus. „Inklusion“ bedeutet Einschluss. Die veränderte Strategie verfolgt das Ziel, erst gar nicht ins Abseits driften zu lassen, was doch dazu gehört.

Ein weiterer Schwerpunkt der Erklärungen ist die Betonung des Rechts auf Selbstbestimmung, dem gegenüber Menschen mit Behinderung die gleiche Beachtung geschenkt werden muss wie gegenüber nicht behinderten Menschen. Wechselseitige Solidarität und Unterstützung beruhen auf einem differenzierten Sozialkontrakt, der für die Gestaltung gesellschaftlichen Lebens in allen modernen Staaten bestimmend ist. Auf diese Weise wird jedes Glied der Gesellschaft für die Situationen abgesichert, in denen es der Hilfe anderer bedarf. Es liegt deshalb im Interesse aller Bürger, dass die Solidarität der Gemeinschaft nicht mit Einschränkungen der Autonomie der Hilfeempfänger/innen einhergehen darf, sondern dass diese vielmehr uneingeschränkt respektiert wird.

Konkret bedeutet dies für den Bereich der Behindertenhilfe, dass Betroffene in alle Aspekte der individuellen oder institutionellen Hilfeplanung einzubeziehen sind, und ihren berechtigten Ansprüchen Vorrang zu gewähren ist.

Abb. 10: Der folgende Auszug aus der Deklaration von Madrid (2002) drückt sehr prägnant aus, wie sich ein notwendiger gesellschaftlicher Perspektivenwechsel aus Sicht der Betroffenen darstellt

"Unsere Vision kann am besten beschrieben werden als ein Gegensatz zwischen dieser neuen Vision und der alten Vision, die es zu überwinden gilt:

a) Weg von behinderten Menschen als Objekte der Wohltätigkeit ... und hin zu behinderten Menschen als Inhaber von Rechten.
b) Weg von Menschen mit Behinderungen als Patienten ... und hin zu Menschen mit Behinderungen als unabhängige Bürger und Verbraucher.
c) Weg davon, dass Professionelle Entscheidungen für behinderte Menschen treffen ... und hin zu unabhängiger Entscheidungsfindung und Übernahme von Verantwortung durch behinderte Menschen und ihre Verbände bei Themen, die sie betreffen.
d) Weg von der Konzentration nur auf individuelle Beeinträchtigungen... und hin zur Beseitigung von Barrieren, Änderung von sozialen Normen, Politiken, Kulturen und zur Förderung einer unterstützenden und zugänglichen Umwelt.
e) Weg von der Abstemplung von Menschen als Abhängige oder nicht zu Beschäftigende ... und hin zur Betonung der Fähigkeit und der Bereitstellung von aktiven Unterstützungsmaßnahmen.
f) Weg von der Gestaltung von wirtschafts- und sozialen Prozessen für die wenigen ... und hin zur Gestaltung einer flexiblen Welt für die vielen.
g) Weg von unnötiger Trennung in Bildung, Beschäftigung und anderen Bereichen des Lebens und hin zur Integration behinderter Menschen in alle Bereiche des Lebens.
h) Weg von einer Behindertenpolitik als ein Punkt der nur spezielle Ministerien betrifft ... und hin zu Einbeziehung der Behindertenpolitik als eine generelle Regierungsverantwortung."

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung versteht sich als Anwalt zur Umsetzung der Anliegen der Erklärung von Barcelona und des UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung lässt sich in seiner Arbeit von ihnen leiten und vertritt aktiv die dort zum Ausdruck kommenden Forderungen.

Aktivitäten und Projekte – Events

Das Mannheimer Behindertenforum

Mit dem Ziel einer besseren Vernetzung aller im Bereich der Behindertenhilfe ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen Akteure sowie der intensiven Beteiligung betroffener und interessierter Bürger wurde im Jahr 2007 durch den Oberbürgermeister das Behindertenforum ins Leben gerufen, welches nun in regelmäßigen Abständen tagt. Im Folgenden ein kurzer Einblick in die bisherigen Gesamttreffen des Forums.

1. Behindertenforum am 11.09.2007

Die Auftaktveranstaltung des Forums fand am 11.09.2007 statt. Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz übernahm die Einführung, in welcher er die Bedeutung der Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Mannheim hervorhob.

Auftaktveranstaltung des Behinderten-forums - Aufgaben, Ziele, gegenseitiges Kennenlernen

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung stellte daran anschließend Schwerpunkte seiner Tätigkeit dar. Gemeinsam diskutierten die Teilnehmer des Forums Erwartungen und Zielstellungen einer künftigen vernetzten Zusammenarbeit. Einige wesentliche Aufgaben im Rahmen einer Verbesserung der Situation für Menschen mit Behinderung in Mannheim wurden formuliert (z. B. Barrierefreiheit, integrative Angebote in Kindergarten, Schule und Arbeitswelt).

Wichtig war auch das gegenseitige Kennenlernen der Teilnehmer/-innen bei diesem Auftaktforum; die Gelegenheit, über die eigene Arbeit zu berichten bzw. sich über die Tätigkeit der anderen Beteiligten zu informieren.

Abb. 11: Plenum des 1. Behindertenforums, v.l.n.r.: Walter Werner (Leiter des Planungsbüros, Moderator des Gründerforums), Dr. Peter Kurz (Oberbürgermeister), Klaus Dollmann (Beauftragter für Menschen mit Behinderung), Reinhold Hoffmann (Stellv. Leiter Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren)

2. Behindertenforum am 05.03.2008

Bürgermeister Michael Grötsch begrüßte die Teilnehmer/-innen des Mannheimer Behindertenforums.

Wichtig – Individuelle Hilfeplanung!

Tagesordnungspunkte waren das „Persönliche Budget“, mit dem Hilfsbedürftige nach neuer Gesetzeslage die von ihnen benötigten Leistungen selbstbestimmt „einkaufen“ können, die anzubahnende Zusammenarbeit des Forums mit den Sozialverbänden VDK und SoVD, aktuelle Problemstellungen der Mannheimer Behindertenhilfe und die Bedeutung individueller Hilfeplanung für die Eingliederungshilfe.

In einer offenen Diskussionsrunde wiesen die Teilnehmer/-innen unter anderem darauf hin, dass in Mannheim das ambulante Betreuungsangebot noch zu wenig entwickelt ist und folglich zu viele Menschen stationär untergebracht seien. Generell müssten sich die Regeleinrichtungen aller Bereiche stärker für Menschen mit Behinderungen öffnen. Auch die Chancen, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in Integrationsbetrieben eine Stelle zu finden, seien sehr gering. Auf diese Punkte – so das Forum – sollte die Mannheimer Behindertenplanung besonderes Augenmerk legen.

Abb. 12: 2. Behindertenforum - Links: v.l.n.r.: Bürgermeister Michael Grötsch (Dezernat für Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Kultur), Werner Nunnenmann, (Leiter der Abt. Eingliederungshilfe)- Rechts: v.l.n.r:. Hermann Genz (Leiter Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen, Senioren), Marcus Miertsch (Referent des Bürgermeisters)

Abb. 13: 3. Behindertenforum - Links: Plenum, v.l.n.r.: Werner Nunnenmann (Abt. Eingliederungshilfe), Klaus Dollmann (Beauftragter für Menschen mit Behinderung), Dr. Petra Wagner (Planungsbüro) - Rechts: Blick ins Plenum mit Prof. Dr. Manfred Oster (Hochschule Mannheim), Eddie Riethmüller, Horst Hembera (beide AG Barrierefreiheit)

3. Behindertenforum am 17.09.2008

Dokumentationsentwurf zu den Expertengesprächen wurde diskutiert

Das Forum wurde vom Beauftragten für Menschen mit Behinderung sowie weiteren Mitarbeiter/innen des Planungsbüros gestaltet und moderiert. Ein Dokumentationsentwurf zu den Expertengesprächen zu den Themenkreisen Arbeit, Wohnen, Mobilität und Bildung war zuvor von den Teilnehmer/-innen mit großem Interesse aufgenommen worden und wurde nun besprochen. Da es sich hierbei um die Grundlage weitergehender Handlungskonzepte handelt, war es wichtig, die zusätzlichen Anregungen der Teilnehmer zu berücksichtigen.

In einer anschließenden Diskussionsrunde wurden die Erklärung von Barcelona, die Deklaration von Madrid und das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-Konvention) – auch in ihrer Bedeutung für die Mannheimer Stadtgesellschaft – thematisiert.

Am 25.03.2009 fand im Collini-Center die 4. Plenumssitzung des Behindertenforums statt. Ein Schwerpunkt war der Vortrag des Referenten Arndt Schwendy zu dem Thema „Integrationsbetriebe, eine Schilderung des Ist-Zustandes“. Danach gibt es über 600 Integrationsbetriebe mit 20.000 Beschäftigen in Deutschland; 50% der Beschäftigten sind Menschen mit Behinderungen. Darunter sind circa 1.100 Auszubildende, davon 700 Jugendliche mit Behinderungen.

Abb. 14: Referent Arndt Schwendy von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsfirmen

Am 07.10.2009 fand die 5. Sitzung des Behindertenforums statt. Thema war die Zusammenfassung der Workshopergebnisse. Hier wurde vereinbart, dass einige Ergebnisse noch vertieft erarbeitet/nachgearbeitet werden müssen. Die einzelnen Workshopgruppen, koordiniert durch den Behindertenbeauftragten, wollen ihre Ergebnisse bis Ende 2009 zusammenstellen.

Die Expertengespräche

Von Anfang an intensiv diskutiert wurden im Rahmen des Behindertenforums Handlungsbedarfe in den verschiedenen Lebensbereichen der Stadtgesellschaft. Um dies für die einzelnen Bereiche noch eingehender und qualifizierter tun zu können, wurden die erwähnten Expertengespräche initiiert, denen kontinuierlich weitere folgen werden. Im Folgenden eine kurze Schilderung der bisherigen Sachverständigenrunden. Für mehr Informationen sei auf die Dokumentation „Expertengespräche Wohnen, Arbeit, Mobilität und Bildung“ verwiesen.

Expertengespräch „Wohnen“ am 16.10.2007

Das Expertengespräch zum Thema „Barrierefreies Bauen und Wohnen“ fand am 16.10.2007 statt. Eingeladen waren u. a. Vertreter der AG Barrierefreiheit, vom Sachgebiet Wohngeld und Wohnraumförderung, der Wohnraumberatung im Seniorenbüro der Stadt Mannheim, der Wohnungsbaugesellschaft GBG, der Handwerkskammer.

Gibt es in Mannheim genügend barrierefreien Wohnraum?

Die GBG erweist sich als wichtigster Partner bei der Bereitstellung barrierefreien Wohnraums im Mannheimer Raum. Besonders Erdgeschosswohnungen werden forciert entsprechend aus- bzw. umgebaut und behindertengerechte Zugänge (z.B. über Balkone) geschaffen.

Von der Expertenrunde ging der Vorschlag aus, entsprechende Bemühungen auch anderer Wohnungsbaugesellschaften oder Wohnungseigentümer finanziell zu unterstützen, was auf der Basis eines Gemeinderatsbeschlusses inzwischen geschieht. Denn noch ist es mitunter recht schwierig, eine standortnahe, preisgünstige behindertengerechte Wohnung zu finden.

Auch die Bedeutung einer Zusammenarbeit mit den Mannheimer Architekten wurde unterstrichen. Barrierefreiheit ist ein Aspekt der baulichen Planung, der auch heute noch im Architekturstudium zu wenig Berücksichtigung findet.

Expertengespräch „Arbeit“ am 06.11.2007

Zum Thema „Berufliche Integration von Menschen mit Behinderung“ fand am 06.11.2007 ein Gespräch statt. Hier waren u. a. Vertreter/innen der Reha-Beratung der Agentur für Arbeit, der Schwerbehindertenvertretung der Daimler AG, der Integrationsbetriebe Markthaus e.V. und AD LABOREM, des Integrationsfachdienstes, der Diakoniewerkstätten Rhein-Neckar und der ATW Mannheim zugegen.

Es wurde herausgestellt, dass die Arbeit der Werkstätten und Projekte für Behinderte durchaus auch einen integrativen Effekt hat, da hier eine Plattform des kollegialen Miteinanders mit „nicht behinderten“ Mitarbeitern gegeben ist, eine selbstverständliche Kooperation mit Geschäftspartnern und ggf. die Begegnung mit der Kundschaft stattfindet. Zudem ist die Tätigkeit hier für viele Menschen eine Hilfe auf dem Weg der beruflichen Rehabilitation.

Große Schwierigkeiten auf dem 1. Arbeitsmarkt

Die Integration von Menschen mit bestimmten Behinderungen in den normalen Arbeitsprozess stößt jedoch auf große Schwierigkeiten. Der Schwerbehindertenvertreter der Daimler AG berichtet bspw. von der Schwierigkeit, behindertengerechte Ausbildungsplätze zu besetzen.

Expertengespräch „Mobilität“ am 27.11.2007

Am 27.11.2007 fand die Expertenrunde zum Thema „Barrierefreie Mobilität“ statt. Durch Teilnehmer/-innen vertreten waren u. a. der Fachbereich Städtebau und Stadtplanung, der RNV, der Badische Blinden- und Sehbehindertenverein, die AG Barrierefreiheit, der Gehörlosenverein.

Wie barrierefrei ist der ÖPNV der Metropolregion?

Es wurde positiv vermerkt, wie viel in den vergangenen Jahren bereits getan wurde, um den ÖPNV barrierefrei zu gestalten. Dennoch gibt es an vielen Stellen erheblichen Handlungsbedarf. Notwendig ist z.B. eine Erweiterung des Fahrgastraums für Rollstühle in Straßenbahnen, die Anpassung zu hoher Gehsteige an vielen Bushaltestellen, der Ausgleich von Höhedifferenzen beim Einstieg in Straßen- oder S-Bahnen, eine Verbesserung hinsichtlich der Benutzerfreundlichkeit von Fahrkartenautomaten für Sehbehinderte, eine deutliche Ansage bzw. Anzeige der jeweiligen Haltestelle (Zwei-Sinne-Prinzip).

Expertengespräch „Bildung“ am 26.06.2008

Das Expertengespräch „Bildung für Kinder mit Behinderung“ fand am 26.06.2008 statt. Eingeladen waren u. a. Vertreter/-innen von Einrichtungen, die mit von Behinderungen betroffenen Kindern arbeiten (Hermann-Gutzmann-Schule, Regenbogenkindergarten, Martinschule Ladenburg, Bertha-Hirsch-Schule Mannheim) sowie eine Vertreterin der Elterninitiative Rhein-Neckar „Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen“.

Mangelnde Bereitstellung finanzieller Mittel für integrative Arbeit

Es wurde deutlich, dass die integrative Betreuung, Erziehung, Bildung in Tagesbetreuungseinrichtung und Schule für alle Beteiligten (behinderte wie nicht behinderte Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrer) mit sehr positiven Erfahrungen verbunden ist. Wichtig sei es, in jedem Einzelfall zu prüfen, welche Einrichtung die beste und kompatibelste ist. Schwierigkeiten bestünden v. a. in der mangelnden Bereitstellung finanzieller Mittel für eine integrativen Erfordernissen entsprechende bauliche und personelle Ausstattung der Schulen.

Abb. 15: Symposium „Leben mit Behinderung im Alter“

Symposium „Leben mit Behinderung im Alter“ am 12.12.2007

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung initiierte, organisierte und moderierte in Zusammenarbeit mit anderen Mitarbeiter/innen des Planungsbüros das Symposium „Leben mit Behinderung im Alter“, welches am 12.12.2007 im Mannheimer Stadthaus stattfand.

Als Referent/-innen waren eingeladen Albrecht Hegener (Paritätischer Wohlfahrtsverband BW), Ann-Katrin Klein (Universität Münster), PD Dr. med. Daniel Kopf (ZI Mannheim, Universität Heidelberg und Mannheim), Prof. Helmut Mair (Universität Münster), Rudi Sack (Geschäftsführer des Landesverbands Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung BW e.V.).

Separierung zwischen Alten- und Behindertenhilfe muss aufgebrochen werden

In verschiedenen Fachvorträgen wurde die weiter oben bereits grob umrissene Problematik facettenreich entfaltet und in anschließenden Workshops über Verbesserungs- und Lösungsmöglichkeiten nachgedacht. Wichtige Ergebnisse waren u. a. die Empfehlung zum Aufbau einer gerontopsychiatrischen Beratung sowie anderer passgenauer Angebote (Freizeit, ambulante Betreuung). Die Separierung zwischen Alten- und Behindertenhilfe – so war man sich einig – muss aufgebrochen werden. Nur so ist es möglich, für jeden hilfsbedürftigen älteren Menschen die individuell auf seine Belange zugeschnittene Betreuungsform zu finden. Pflegekassen müssten entsprechend umdenken; die Einrichtungen der stationären Altenhilfe sich stärker für Menschen mit nicht altersbedingter Behinderung öffnen.

Für mehr Details und Informationen zum Symposium sei auf die Anfang 2008 publizierte Dokumentation der Veranstaltung verwiesen.

Exkurs: Betroffene – Menschen die anders sind?

Den nicht mehr ganz jungen Leserinnen und Lesern klingt sicher noch ein Schlagwort der damaligen „Aktion Sorgenkind“ (heute „Aktion Mensch“) im Ohr. Dort ging es immer wieder um „Kinder, die anders sind“. Die dahinterstehenden Organisationen leisteten damals wie heute hervorragende Arbeit. In der beschriebenen Wortwahl drückte sich ganz einfach die Unbeholfenheit der nicht von Behinderungen betroffenen Mehrheitsgesellschaft gegenüber dem Mitmenschen mit Behinderung aus. Veränderte Sprache kann zweifellos hilfreich sein. Doch lösen sich mit ihr vorherrschende Befindlichkeiten keineswegs einfach auf.

Der Mangel an Vertrautheit und Einfühlungsvermögen resultiert auch aus der bereits weiter oben thematisierten Betreuung behinderter Menschen in Sondersystemen. Dadurch werden Möglichkeiten alltäglicher Begegnung sehr eingeschränkt.

Menschen mit Behinderung sind nicht anders, sie leben nur mit anderen Belastungen

Außer mit den prinzipiell organisatorisch zu lösenden Fragen und Problemen wird der Beauftragte für Menschen mit Behinderung so immer wieder auch mit Schwierigkeiten konfrontiert, die sich im ganz alltäglichen Umgang zwischen Menschen mit und ohne Behinderung ergeben.

Auch Menschen, die sehr offen sind für ein „Mehr“ an Miteinander, sei es im spontanen Kontakt oder in einem organisierten Rahmen, bekunden immer wieder, dass sie oft nicht wüssten, wie sie sich richtig zu verhalten hätten. Deshalb im Folgenden einige Gedanken und Hinweise.

- Menschen mit Behinderung sind nicht anders, sie leben nur mit anderen Belastungen. Das bedeutet, dass man davon ausgehen kann, dass Menschen mit Beeinträchtigungen im zwischenmenschlichen Bereich grundsätzlich keiner Sonderbehandlung bedürfen. Der altbewährte ethische Leitsatz: „Was immer ihr wollt, dass andere euch tun, tut ihr ihnen auch“ - hat auch im Umgang mit Betroffenen seine Gültigkeit.
- Menschen mit Behinderung sind Experten in eigener Sache. Es ist weder von ihnen erwünscht noch sinnvoll, gutgemeinte Hilfe „über ihren Kopf hinweg“ zu organisieren. Sie wollen nicht als Hilfsobjekt betrachtet werden, sind jedoch für partnerschaftlich angebotene Unterstützung – so sie ihrer bedürfen – sehr dankbar.
- Menschen mit Behinderung sind grundsätzlich ebenso frustrationstolerant, verantwortungs- und kritikfähig wie nicht behinderte Menschen. Sie wollen wie jeder Mensch mit Respekt und Empathie behandelt werden, jedoch nicht mit unnatürlicher Übervorsichtigkeit.

- Von Behinderungen betroffene Menschen haben Verständnis dafür, dass ihre Behinderung zunächst Befremden oder Unsicherheit auslösen kann. Auch muss die Behinderung keineswegs ein Tabu-Thema sein. Man kann mit Betroffenen einfühlsam darüber reden. Sehr hilfreich ist es jedoch, wenn dies aus einer Haltung heraus geschieht, die sich durch einen konstruktiven, optimistischen Blick auf die Situation des Betroffenen auszeichnet.
- Versuchen Sie „durch die Behinderung hindurch“ den Menschen in seiner unverwechselbaren Individualität zu sehen. Selbst Menschen mit schwererer geistiger Behinderung haben die gleichen individuellen Vorlieben und Präferenzen wie jeder andere Mensch. Wie jeder andere haben Betroffene Defizite, die einen konstruktiven Umgang erfordern und Potenziale, die ihr soziales Umfeld bereichern. Wie jeder andere haben sie Freude an einem von gegenseitiger Wertschätzung getragenen, unkomplizierten, aufrichtigen, humorvollen Miteinander auf gleicher Augenhöhe.

Ausblick auf das Jahr 2010

Abschließend soll ein Blick auf die geplanten Aktivitäten des kommenden Jahres geworfen werden (Liste aller Veranstaltungstermine und -orte auch im Anhang!).

Auf dem Weg zum lokalen Aktionsplan - Maßnahmen zur Optimierung der Situation von Menschen mit Behinderung

Schwerpunktmäßig wird es im Jahr 2010 um eine weitere Konkretisierung notwendiger Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung in den verschiedenen Bereichen gehen. Gemeinsam mit den Teilnehmer/-innen des Behindertenforums sollen die im Rahmen verschiedener Workshops erarbeiteten Ergebnisse in einen lokalen Teilhabeplan bzw. lokalen Aktionsplan einfließen.

Die 6. Plenumssitzung des Behindertenforums findet zu diesem Zweck am 10.03.2010 statt (Collini-Center 16-18 Uhr).

Die 7. Sitzung des Behindertenforums wird am 13.10.2010 stattfinden. (Collini-Center 16-18 Uhr). Hier erfolgt die letzte Abstimmung zum Behindertenkongress.

Der Höhepunkt des Jahres wird der Behindertenkongress 2010 in Mannheim zum Thema „Für ein behindertenfreundliches Mannheim„ sein, der am 03.12.2010 im Stadthaus N 1 stattfinden wird. Dies ist der von den Vereinten Nationen (UNO) ausgerufene Internationale Tag der Menschen mit Behinderung.

Integration, Inklusion und Teilhabe sind zwar in Fachkreisen akzeptierte Leitideen für den gesellschaftlichen Umgang mit Menschen mit Behinderung geworden. Barrieren in den Köpfen der Bevölkerung gibt es dennoch nach wie vor; diese gilt es auch mit Hilfe dieses Kongresses zu überwinden, und zwar durch seine öffentlichkeitswirksame Ausprägung. Damit wird zugleich ein Beitrag zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements der Mannheimer Bürgerinnen und Bürger geleistet.

Der Kongress wird die Möglichkeit bieten, die Leitideen der „Erklärung von Barcelona“ und der UN-Behindertenrechtskonvention auf ihre praktische Umsetzung in Mannheim zu erörtern.

Ein Wort zum Schluss: Ihr Beitrag ist wichtig!

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, im Mannheimer Behindertenforum, das sich zweimal im Jahr trifft, und natürlich auch in dort vertretenen Verbänden oder Organisationen mitzuarbeiten. Auch im Berufs- und Alltagsleben kann jede/-r einen Beitrag leisten, indem er/sie die Belange betroffener Menschen wahrnimmt und berücksichtigt sowie Austauschmöglichkeiten zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen nutzt und unterstützt. Dadurch wird das Zusammenleben in Mannheim für alle bereichert.

Wenn Sie nach der Lektüre dieses Geschäftsberichts Anregungen oder Kritik zur Arbeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderung haben, geben Sie bitte eine Rückmeldung an:

Beauftragter für Menschen mit Behinderung, Klaus Dollmann, K 1, 7-13, 68159 Mannheim

Meine Meinung zur Arbeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Ich finde insgesamt, dass …

_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____.

Ich habe im Einzelnen folgende Anregungen …

_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____.

Ich würde Folgendes anders machen …

_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____
_____.

Anhang 1

Auszug aus der Informationsvorlage des Gemeinderats vom 10.01.2007

„Kurzfassung des Sachverhaltes:

Am 29. Juni 2006 hat Frau Erste Bürgermeisterin Fürst-Diery dem Sozialausschuss Herrn Klaus Dollmann als neuen Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Stadt Mannheim vorgestellt. Grundlage für die Errichtung der Stelle war das am 20.04.2005 beschlossene Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verhindern und zu beseitigen sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten, ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen und dabei ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Damit wurde den Anträgen Nr. 94/2005 der SPD, Nr. 104/2005 von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, Nr. 156/2005 der CDU und Nr. 211/2006 der Bunten Liste Mannheim auf Einrichtung einer solchen Stelle entsprochen.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung wird im Wesentlichen folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Er ist direkter Ansprechpartner für alle Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen.
- Er ist Bindeglied zwischen den behinderten Menschen und der Verwaltung.
- Ihm obliegen eine Koordinierungsfunktion und eine Informationsaufgabe gegenüber Verbänden, Gruppen und Institutionen, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen gestalten.
- Und nicht zuletzt soll er Empfehlungen, Stellungnahmen und Berichte erarbeiten, die die Integration und Gleichstellung von behinderten Menschen in Mannheim voran bringen.

Organisatorisch wurde die Stelle dem Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren zugeordnet, da hier wesentliche Zuständigkeiten für behinderte Menschen gebündelt sind und ein unmittelbarer Einfluss auf die Gestaltung von Leistungen möglich ist. Seinen Dienstsitz hat der Beauftragte im Planungsbüro dieses Fachbereichs.

Mit dieser Vorlage wird auch auf die beiden Anträge Nr. 128/2006 und Nr. 345/2006 der CDU eingegangen.“

[…]

Auftragslage

Der baden-württembergische Landtag hat am 20.04.2005 das Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änderung anderer Gesetze beschlossen.

Ziel dieses Gesetzes ist es, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verhindern und zu beseitigen sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten, ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen und dabei ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Dies betrifft nach Ansicht der Landesregierung insbesondere das Verhältnis zwischen Bürger/-innen und Verwaltung. Unter anderem soll der Umgang und die Kommunikation mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen erleichtert werden, in dem der Einsatz der Deutschen Gebärdensprache und lautsprachbegleitender Gebärden anerkannt und verankert wird. Zudem werden Aufgaben und Befugnisse eines Landesbehindertenbeauftragen festgeschrieben und die Belange von Frauen mit Behinderungen besonders berücksichtigt.

Zwar hat das Gesetz nur unmittelbare Gültigkeit für den Bereich der Landesverwaltung; kommunale Behörden und privatwirtschaftliche Unternehmen sind jedoch aufgefordert, dem Beispiel der Landesregierung zu folgen.

Die Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sowie die Bunte Liste stellten zu den Haushaltsberatungen 2006 Anträge zur Einrichtung der Stelle eines Behindertenbeauftragten an die Verwaltung. Damit wurden auch die Anliegen der Behindertenverbände aufgegriffen und unterstützt:

- Antrag Nr. 94/2005 „Behindertenbeauftragte(r)“ der SPD,
- Antrag Nr. 104/2005 „Schaffung der Stelle eines/einer Beauftragten für Menschen mit Behinderung“ Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
- Antrag Nr. 156/2005 „Umsetzung der Aufgabenstellung eines Beauftragten für behinderte Menschen“ der CDU,
- Antrag Nr. 211/2006 „Behindertenbeauftragte(r)“ der Bunten Liste Mannheim.

Auch die regelmäßige Berichterstattung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung über seine Tätigkeit gehört zum in der Informationsvorlage des Gemeinderats festgeschriebenen Aufgabenspektrum:

> „Dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung] obliegen eine Koordinierungsfunktion und eine Informationsaufgabe gegenüber Verbänden, Gruppen und Institutionen, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen gestalten.“

Anhang 2

Finanzposition des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Haushalt 2008/2009

Einzelpositionen	Betrag
1. Veranstaltungen/Foren/Expertenrunden zum Thema Behinderung (Referentenhonorare, Programme, Flyer, Plakate, Raumkosten etc.	9.200 €
2. Aufbau und Betreuung des Netzwerkes für Menschen mit Behinderungen (Honorarmittel, Raumkosten etc.)	2.200 €
3. Publikationen, Geschäftsbericht, Dokumentationen	5.000 €
4. Literatur	600 €
5. Auslagen für Gebärdendolmetscher	1.500 €
6. Fortbildungs- und Reisekosten	2.500 €
Gesamt	21.000 €

Anhang 3

Aktivitäten des Beauftragten für Menschen mit Behinderung 2006-2009

Chronologische Übersicht der wichtigsten Ereignisse

29.06.2006 - Dienstantritt des Beauftragten für Menschen mit Behinderung

05.05.2007 - Veranstaltung „Mannheims beste Aussichten auf eine barrierefreie Stadt“ (AG Barrierefreiheit)

11.09.2007 - 1. Behindertenforum

16.10.2007 - Expertengespräch „Wohnen“

06.11.2007 - Expertengespräch „Arbeit“

27.11.2007 - Expertengespräch „Mobilität“

12.12.2007 - Symposium „Leben mit Behinderung im Alter“

05.03.2008 - 2. Behindertenforum

März 2008 - Publikation Mannheimer Behindertenbericht 2008

März 2008 - Publikation Dokumentation Symposium „Leben mit Behinderung im Alter“

05.05.2008 - Veranstaltung „Nahverkehr für Alle“ (AG Barrierefreiheit)

26.06.2008 - Expertengespräch „Bildung“

17.09.2008 - 3. Behindertenforum

Nov. 2008 - Publikation Dokumentation „Expertengespräche Wohnen, Arbeit, Mobilität und Schule“

22.01.2009 Vortragsveranstaltung „Teilhabe, Integration, Inklusion – Behindertenhilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ mit Prof. Dr. Reinhard Markowetz

03.02.2009 Expertengespräch „Frühförderung“

25.03.2009 4. Behindertenforum

13.05.2009 Workshops „Bauen und Wohnen für Menschen mit Behinderung“ und „Betreuung und Förderung von behinderten und Behinderung bedrohten Kindern in Mannheim“

20.05.2009 Treffen der Behinderbeauftragten des Landes Baden-Württemberg in Mannheim

30.06.2009 Workshop „Rehabilitation und Arbeit für Menschen mit Behinderung“

07.07.2009 Workshop „Schule und Ausbildung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung“

15.07.2009 Workshop „Mobilität und Barrierefreiheit“

21.07.2009 Workshop „Ambulante und stationäre Betreuung“

29.07.2009 Workshop „Leben mit Behinderung im Alter“

03.10.2009 Beschluss des Gemeinderates zum Beitritt der Stadt Mannheim zur „Erklärung von Barcelona“

07.10.2009 5. Sitzung Behindertenforum

Anhang 4

Publikationen

Im Jahr 2008 wurden vom Planungsbüro und dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro im Fachbereich für Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren die folgenden Dokumentationen publiziert:

Dokumentation zum Symposium „Leben mit Behinderung im Alltag“, Mannheim 2008

Dokumentation „Expertengespräche Wohnen, Arbeit, Mobilität, Schule“, Mannheim 2008

Mannheimer Behindertenbericht 2008, Mannheim 2008

Zu beziehen unter:
Fachbereich Soziale Sicherung,
Arbeitshilfen und Senioren
K1, 7-13 , 68159 Mannheim
sozialplanung@mannheim.de

oder digital unter:
www.mannheim.de

Anhang 5

Veranstaltungstermine 2010

- 6. Sitzung des Behindertenforums
  10.03.2010, 16-18 Uhr, Collini-Center, Casino
- 7. Sitzung des Behindertenforums
  13.10.2010, 16-18 Uhr; Collini-Center, Casino
- 03.12.2010 Behindertenkongress
  „Mannheim – die behindertenfreundliche Stadt“,
  ganztägig im Stadthaus N 1

Anhang 6

Beitrag der Stadt Mannheim zum BRIDGE-Wettbewerb der Lebenshilfe e.V.

Kommunale Beteiligungsstrukturen für Menschen mit Behinderung in Mannheim

Im Mannheimer Raum existiert ein recht breites Spektrum von Arbeitskreisen und -gruppen, Initiativen und Betroffenenverbänden, die sich mit dem Ziel der fortwährenden Verbesserung der Situation der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung, insbesondere einer stärkeren Berücksichtigung ihrer Mitsprache und Selbstbestimmung, engagieren. In ihnen sind Menschen mit Behinderung mehr oder weniger stark vertreten. Manche Arbeitsgruppen und Organisationen bestehen fast vollständig aus Betroffenen und verschaffen sich in engagierter Weise bei entsprechenden Gremien und Stellen der Kommunalpolitik und Verwaltung Gehör. Bei anderen ist das Bemühen und die Offenheit in Bezug auf die Einbindung betroffener Menschen vorhanden, und es wird eine Art Vermittler- oder Anwaltsfunktion übernommen.

Ein besonders gelungenes Beispiel gut strukturierter und breit angelegter kommunaler Beteiligung von Bürger/-innen mit Behinderung stellt das Mannheimer Behindertenforum dar, dessen Bestehen sich sowohl der Initiative von Mannheimer Behindertenverbänden als auch der Initiative der Kommunalpolitik und Stadtverwaltung verdankt.

Das Mannheimer Behindertenforum – betroffene Bürger/-innen gestalten kommunale Behindertenpolitik aktiv mit

Das Behindertenforum wurde im Jahr 2007 durch den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung und dem Planungsbüro im Fachbereich für Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren ins Leben gerufen.

Zielvorstellung ist dabei eine intensive Beteiligung von Menschen mit geistiger, körperlicher oder seelischer Behinderung sowie aller anderen engagierten und interessierten Bürger/-innen ebenso wie eine gute Vernetzung aller im Bereich der Behindertenhilfe ehren- und hauptamtlich tätigen Akteure.

Eineinhalb Jahre besteht dieses Forum nun. Eine erste Bilanz macht deutlich: es ist der Beginn einer Erfolgsgeschichte. Mit dem Behindertenforum ist für den Mannheimer Raum ein Gremium geschaffen worden,

- das katalysatorische Wirkung in Bezug auf notwendige Diskurse im Bereich der Behindertenhilfe entfaltet,
- aus dem wichtige Impulse für Veränderungsprozesse hervorgehen,

- das eine Plattform des intensiven Austauschs von Fachleuten der verschiedenen Bereiche, selbst betroffenen oder ganz einfach interessierten bzw. engagierten Bürger/-innen der Stadt bildet,
- das den unmittelbaren Austausch zwischen Bürger/-innen mit und ohne Behinderung und Verantwortungs- und Entscheidungsträgern der Kommunalpolitik ermöglicht,
- das die Chance eröffnet, das Engagement verschiedener Akteure zu bündeln und besser zu koordinieren.

Dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung wurde als Koordinator der Arbeit des Forums die Aufgabe übertragen, gemeinsam mit den Beteiligten den Entwurf eines lokalen Aktionsplans zur weiteren Verbesserung der Situation behinderter Menschen in allen Lebensbereichen der Stadtgesellschaft zu erarbeiten. Dadurch bekam die Arbeit des Forums von Anfang an eine betont ergebnisorientierte Ausrichtung.

Abb. 16: Aufgaben des Beauftragten für Menschen mit Behinderung (Auszug aus der Gemeinderatsvorlage Nr. 39/2007)

„Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen wird im Wesentlichen folgende Funktionen wahrnehmen:

- Er ist direkter Ansprechpartner für alle Menschen mit Behinderungen.
- Er ist Bindeglied zwischen den behinderten Menschen und der Verwaltung.
- Ihm obliegen eine Koordinierungsfunktion und eine Informationsaufgabe gegenüber Verbänden, Gruppen und Institutionen, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen gestalten.
- Und nicht zuletzt soll er Empfehlungen und Anregungen erarbeiten, die die Integration und Gleichstellung von behinderten Menschen fördern.“

Ein solcher Aktionsplan soll sich dabei an den Vorgaben und Leitlinien der „Erklärung von Barcelona“ (1995), der „Deklaration von Madrid“ (2003) sowie der „Übereinkunft der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (2005) orientieren, die für die Gestaltung des gesellschaftlichen Umgangs mit behinderten Menschen auch von der Mannheimer Kommunalpolitik und Stadtverwaltung als maßgeblich angesehen werden. Insbesondere soll das Konzept der „Inklusion“ wachsende Beachtung finden. Menschen mit Behinderung sollen von Anfang an in die normalen Lebensbezüge einbezogen bleiben; die Betreuung in Sondersystemen zurück gefahren werden.

Abb. 17: Zentrale Inhalte der Erklärungen von Barcelona, Madrid, New York, mit denen sich die Mannheimer Kommunalpolitik identifiziert

- Menschen mit Behinderung sollen eine bestmögliche Förderung und solidarische Unterstützung durch die (Stadt-)Gesellschaft erhalten. Ein wesentliches Ziel ist dabei stets, Betroffene – wo und sobald irgend möglich - von fremder Hilfe unabhängig zu machen.
- Jeder behinderte Bürger hat das Recht auf freie Selbstbestimmung, soweit er in seiner Fähigkeit zur autonomen Lebensführung nicht im Sinne des geltenden Betreuungsrechts objektiv beeinträchtigt ist. Dies impliziert: eine weitest mögliche Selbstbestimmung in der individuellen Hilfeplanung; die aktive Mitbeteiligung der Betroffenen in allen Fragen der Gestaltung der Hilfssysteme sowie der entsprechenden kommunalpolitischen Rahmensetzungen.
- Es gilt, die Möglichkeiten der Teilhabe und Integration bzw. Inklusion behinderter Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen bzw. städtischen Lebens kontinuierlich zu verbessern. Zu nennen wären hier „integrative“ bzw. „kooperative“ Ansätze in KITA, Schule, Ausbildung, Arbeitsleben, Altenbetreuung; Abbau sowohl baulicher als auch sozialer Barrieren in den Bereichen Nahverkehr, Wohnen, Kultur und Freizeit, im gesamten öffentlichen Leben.
- Alle Formen der Initiative und Öffentlichkeitsarbeit, die dem Ziel dienen, Fehlwahrnehmungen, Vorbehalte und Vorurteile zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen abzubauen, gegenseitiges Verständnis und Respekt zu vertiefen, mehr soziales Miteinander zu entwickeln sollen ermutigt, unterstützt und gefördert werden.

Ein lokaler Aktionsplan zur Verwirklichung umfassender Teilhabe, Integration und Inklusion behinderter Menschen

Ein lokales Handlungskonzept zur Verbesserung der Situation behinderter Menschen richtet sich an diesen Grundsätzen aus und zielt auf Fortschritte insbesondere in den Bereichen Frühförderung, Schule, Arbeit, ambulante/stationäre Betreuung, Behinderung im Alter, Mobilität und Barrierefreiheit, Wohnen, gesellschaftliches Bewusstsein.

Abb. 18: Schwerpunkte und Zielsetzungen bei der Erarbeitung eines lokalen Aktionsplans

Frühförderung

- Erweiterung des Angebotes integrativer Kinderkrippen- und Kindergartenplätze
- Optimierung der individuellen Hilfeplanung und Förderung in Tageseinrichtungen

Schule

- Weiterer Ausbau kooperativer Modelle im Schulbetrieb
- Bessere Lösungen beim Übergang von Schule zur Ausbildung sowie von Ausbildung zur Arbeitsaufnahme

Arbeit

- Ausbau behindertenspezifischer Existenzgründungsbegleitung
- Bessere Vermittlung von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt
- Schaffung von weiteren Integrationsbetrieben

Betreuung ambulant/stationär

- Erweiterung der Möglichkeiten ambulanter Betreuung
- Bessere Betreuung und Hilfevermittlung in Migrationsfamilien
- Ausbau gemeinschaftlicher Wohnformen

Behinderung im Alter

- Bessere Integration behinderter Menschen in der Regel-Altenpflege
- Ausbau der Altenpflegekapazitäten in Behindertenheimen

Mobilität und Barrierefreiheit

- Barrierefreiheit in Museen, Theatern, Kinos, Kirchen, Restaurants, bei Behörden, in Arztpraxen etc.

Wohnen

- Umfänglichere Versorgung mit barrierefreien, standortnahen, preiswerten Wohnungen
- Integration Gemeinschaft stiftender Elemente (z. B. zusätzliche gemeinschaftlich nutzbare Räumlichkeiten)

Gesellschaftliches Bewusstsein

- Abbau von Vorurteilen, Fehlwahrnehmungen; Förderung von Verständnis, Respekt, sozialem Miteinander zwischen Menschen mit und ohne Behinderung
- Behindertenplanung muss Arbeit an Postulaten der o. e. Deklarationen ausrichten, Entscheidungsträger aller Ebenen und Bereiche sollen den genannten Grundsätzen Rechnung tragen

Ein lokaler Aktionsplan gewinnt erst dann Substanz und Akzeptanz, wenn er im Diskurs mit den Akteuren erfolgt und deren Kompetenzen einholt. Das Behindertenforum ist dafür die geeignete Plattform. Bei einem solchen Aktionsplan geht es nicht um abstrakte Ziele, sondern um detaillierte, praktikable, effektive Schritte zur Verwirklichung konkreter Verbesserungsmaßnahmen.

Wichtig ist dabei, auf eine Optimierung der Nutzung der bisherigen Ressourcen hinzuwirken. Hier gibt es - wie in den meisten gesellschaftlichen Bereichen – vieles, was bereits sehr gut läuft, aber auch manches, was man noch besser und intelligenter gestalten könnte.

Sicherlich wird es auch an vielen Stellen darauf ankommen, zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen zu erschließen sowie gesetzliche Rahmenbedingungen und politische Schwerpunktsetzungen zu konkretisieren. Gemeinsam mit Betroffenen und an der Basis der Behindertenhilfe tätigen Akteuren können entsprechende Empfehlungen an Kommunal-, Landes- oder auch Bundespolitik erarbeitet werden. Die Politik muss mit der Selbstverpflichtung, die sich aus der Ratifizierung der UN-Behindertenkonvention ergibt, Ernst machen.

Abb. 19: Mannheimer Symposium „Leben mit Behinderung im Alter“ 2007 (links) und Behindertenforum 2008 (rechts) – Menschen mit verschiedensten Behinderungen gestalten aktiv mit

Schritte auf dem Weg zum lokalen Aktionsplan – Foren, Workshops, Konferenzen

Das Nachdenken über notwendige kommunale Handlungsschritte ist im Mannheimer Raum zu einem von betroffenen und engagierten Bürgern, professionellen Akteuren, Instanzen, Organisationen und Verbänden getragenen Prozess geworden, der durch die im Rahmen der Arbeit des Behindertenforums mögliche Beteiligung, Kommunikation und Kooperation eine ganz neue Qualität erhalten hat.

In den bisherigen Plenumssitzungen des Behindertenforums wurden die Inhalte der Erklärungen von Barcelona, Madrid und New York in ihrer Bedeutung für die staatliche und kommunale Behindertenpolitik und –hilfe intensiv diskutiert. Thematisiert wurden und werden auch ständig die Handlungsbedarfe in den verschiedenen Lebensbereichen der Stadtgesellschaft. Um dies für die einzelnen Bereiche noch eingehender und qualifizierter tun zu können, wurde u. a. ein Symposium zum Thema Alter und Behinderung und verschiedene bereichsspezifische Expertengespräche veranstaltet, denen weitere folgen werden.

Abb. 20: Meilensteine auf dem Weg zum lokalen Aktionsplan

Das Behindertenforum tagt in größeren Runden zu allgemeinen Fragen, in kleineren für die Bearbeitung bereichspezifischer Fragestellungen.

In den Jahren 2007/2008 fanden statt:

- drei Plenumssitzungen des Forums
- ein Kongress zum Thema Alter und Behinderung (2007)
- vier Expertengespräche zu den Themen Schule, Arbeit, Wohnen, Mobilität

Im Jahr 2009 stehen an:

- ein Expertengespräch zum Thema Frühförderung (03.02.09)
- die 4. Tagung des Behindertenforums (25.03.2009)
- drei Workshops (Anfang April: Frühförderung/Arbeit/Mobilität, Mitte Juni: Schule/Wohnen/Alter, Anfang Juli: ambulante und stationäre Betreuung/Kultur und Freizeit/gesellschaftlicher Bewusstseinswandel)
- die 5. Tagung des Behindertenforums (07.10.2009)

In einer Reihe von Workshops soll dann der Faden der Expertenrunden wieder aufgenommen werden mit dem Ziel, konkrete Lösungsansätze zu formulieren. Die Ergebnisse dieser Workshops werden dokumentiert und in der 5. Sitzung des Behindertenforums noch einmal insgesamt beraten.

Der Entwurf eines lokalen Handlungsplanes soll dann dem gemeinderatlichen Sozialausschuss zur Beratung vorgelegt werden und als Grundlage für einen Gemeinderatsbeschluss dienen, der neue Akzente in der Behindertenhilfe und bezüglich einer behindertenfreundlichen Stadtentwicklung setzt.

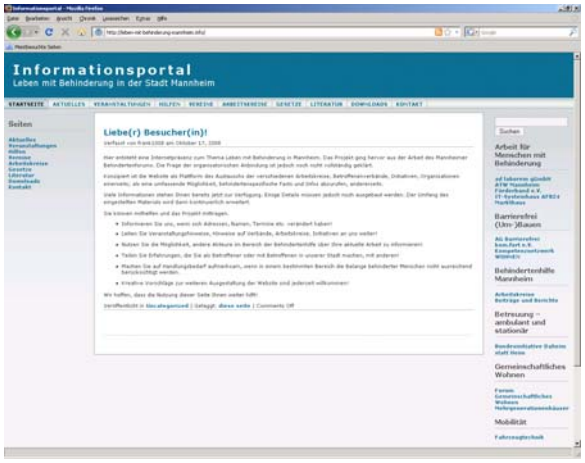
Darüber hinaus werden alle Teilnehmer/-innen des Forums in ihrem jeweiligen Bereich an der Umsetzung und kontinuierlichen, dynamischen Weiterentwicklung der lokalen Konzeption arbeiten.

Auf einander zu gehen - Beteiligung geschieht nicht im Selbstlauf

Die geschilderten Prozesse zielen auf eine umfassende Teilhabe, Integration und Inklusion behinderter Menschen in allen Lebensbereichen und sind dabei von dem Bemühen getragen, Menschen mit Behinderung eine wirksame Beteiligung an der Planung und Umsetzung zu ermöglichen.

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass es mit der Offenheit der Kommunalpolitik für die Beteiligung behinderter Bürger/-innen nicht getan ist. Behinderte Menschen haben hier unterschiedlich hohe Hürden zu überwinden. So sind Bürger/-innen mit körperlichen Handicaps im Allgemeinen im kommunalpolitischen Geschehen weit stärker präsent. Die positiven Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich der Behindertenhilfe und behindertengerechten Stadtgestaltung verdanken sich sehr oft gerade ihrem Engagement. Ein gutes Beispiel für den Mannheimer Raum stellt hier die „Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit“ dar, die inzwischen bei der Planung städtischer Baumaßnahmen als Sachverständigenrunde regelmäßig zu Rate gezogen wird.

Abb. 21: Bürgerbeteiligung via Web 2.0 – Im Aufbau befindlich ist ein Internetauftritt des Behindertenforums. Konzipiert ist die barrierefreie Website als Plattform des Austauschs der verschiedenen Arbeitskreise, Betroffenenverbände, Initiativen, Organisationen einerseits; als eine umfassende Möglichkeit, behindertenspezifische Facts und Infos abzurufen, andererseits. (www.leben-mit-behinderung-mannheim.info)



Schwieriger gestaltet sich hingegen der Einbezug von seelisch oder geistig behinderten Menschen. Auch wenn es hier in Mannheim intensive Überlegungen und gute Ansätze gibt, muss doch festgehalten werden, dass diesbezügliche Bemühungen noch weiter ausgebaut werden müssen. Einige Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen nehmen an der Arbeit des Behindertenforums relativ regelmäßig teil. Möglicherweise ist jedoch der Aufbau von Beteiligungsgruppen, in denen zunächst in kleinerem Kreis ein persönlicher Bezug zu den Koordinator/innen oder anderen engagierten Teilnehmer/-innen entwickelt werden kann, eine hilfreiche Zwischenstufe.

Ähnlich verhält es sich bei Menschen mit geistigen Behinderungen. Im Rahmen des oben erwähnten Symposiums zum Thema Alter und Behinderung wurde deutlich, wie gut und bereichernd die Teilnahme

dieser Betroffenen von allen Beteiligten empfunden wird. Es fand ein Workshop statt, in dem älter werdende Beschäftigte einer WfBM über ihre Vorstellungen zur Gestaltung ihres „Rentner-Daseins“ berichteten und sich den Fragen der anderen

Teilnehmer stellten. Diese und ähnliche Formen des Einbezugs sollen noch weit häufiger gezielt organisiert werden.

Abb. 22: 10 Fragen – 10 Antworten - Informationsschrift über die Arbeit des Mannheimer Behindertenbeauftragten und Einladung zur Mitarbeit im Behindertenforum in einfacher Sprache

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung (BMB)

Klaus Dollmann, Jg. 1951, ist von Beruf Sozialarbeiter. Er war 13 Jahre lang in der Bezirksstelle Mannheim Süd auf der Rheinau in der bezirklichen Sozialarbeit tätig. Darauf folgte eine langjährige Tätigkeit als Gesamtpersonalratsvorsitzender der Stadt Mannheim. Herr Dollmann ist verheiratet und Vater von 3 Kindern.

1 Was macht der Beauftragte für Menschen mit Behinderung (BMB)?
Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern
Der BMB ist Ansprechpartner für alle Menschen mit Behinderungen. Wer als Betroffenein nicht weiß, wohin mit einem bestimmten Problem, kann sich an ihn wenden. Er vermittelt weiter oder organisiert selbst Hilfe, wenn keine andere Stelle direkt zuständig ist. – Der BMB sucht gemeinsam mit Betroffenen und Experten nach Wegen, Hilfsmöglichkeiten auszubauen oder noch besser zu gestalten. – Er vermittelt Anstöße in viele Bereiche der Stadtgesellschaft, denn auf jeder Ebene soll die uneingeschränkte Teilhabe betroffener Menschen zur Normalität werden.

2 Wie wird man Behindertenbeauftragter?
Vom Gemeinderat ernannt
Im Jahr 2006 gab es einen Gemeinderatsbeschluss zur Einrichtung der Stelle, nachdem alle Parteien sich dafür stark gemacht hatten. Das Engagement der Mannheimer Behindertenverbände spielte dabei eine sehr wichtige Rolle.

3 Kann man sich direkt an den Beauftragten für Menschen mit Behinderung wenden?
Jederzeit gern
Ja. Sie können den BMB persönlich aufsuchen, ihn anrufen oder ihm schreiben, natürlich auch per Email.

4 Wie behindertenfreundlich ist die Stadt Mannheim?
Schon gut, aber noch nicht gut genug
Es gibt in Mannheim viele Anlaufstellen, Einrichtungen, Institutionen und Organisationen, die sehr gute Arbeit leisten und sich für den Abbau sozialer und baulicher Barrieren einsetzen. Trotzdem muss noch vieles verbessert werden.

5 Gab es Fortschritte in den letzten Jahren?
Viele helfen mit
Ja, z.B. hat der Gemeinderat ganz aktuell ein Zuschussprogramm für den Aus- und Umbau von Wohnungen für Mieter/innen mit Behinderung bewilligt. In Tageseinrichtungen und Schulen gibt es eine wachsende Zahl von Projekten, bei denen Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung gemeinsam betreut werden bzw. lernen.

6 Wie sehen die nächsten Vorhaben aus?
Gleiche Teilhabe für alle
Es soll dafür gesorgt werden, dass Menschen mit Behinderung in Mannheim auf immer weniger Hindernisse stoßen, dass z.B. Rollstuhlfahrer gut in die Straßenbahn einsteigen oder ins Kino oder Theater können. – Auch erschwingliche barrierefreie Wohnungen müssen in größerer Zahl bereitgestellt werden. In Kindergarten und Schule, Arbeit und Freizeit sollen Menschen mit und ohne Behinderung mehr Gemeinschaft erleben. Betroffene Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen nur wo erforderlich in Sondereinrichtungen betreut, unterrichtet oder beschäftigt werden. Fachleute nennen das Inklusion. – Jeder behinderte Mensch soll am gesellschaftlichen Leben teilhaben und selbst bestimmen können, wie ihm am besten geholfen werden kann.

7 Mit welchen Partnern innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung arbeitet der BMB besonders eng zusammen?
Betroffene, Fachleute, Vorreiter, Vorbilder
Mit allen Fachbereichen der Stadtverwaltung, Trägern von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Verbänden und Institutionen der Behindertenhilfe. Eine strategische Zusammenarbeit besteht mit dem Planungsbüro im Fachbereich Soziales, Arbeitshilfen und Senioren, wo der BMB organisatorisch angesiedelt ist.

8 Wie ist die Zusammenarbeit mit der Stadtpolitik und Verwaltungsspitze?
Offenheit und Unterstützung sind da
Gut - die Bürgermeister und Dienststellenleiter/innen unterstützen die Arbeit des BMB. Natürlich gibt es Situationen in Gemeinderat und Stadtverwaltung, bei denen dem Thema nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wird. Andere wichtige Aufgaben stehen oft mehr im Mittelpunkt. Aber die Offenheit, sich für die Belange behinderter Bürger stärker einzusetzen, ist deutlich erkennbar.

9 Wofür ist der BMB nicht zuständig?
Keine Rechtsberatung, keine Sozialhilfe
Der BMB darf keine Rechtsberatung durchführen und nicht in laufende Verfahren eingreifen. Er kann auch keine finanzielle Unterstützung erteilen, da die Vermittlung und Bewilligung staatlicher Leistungen nicht zu seinem Aufgabengebiet zählt.

10 Kann ich die Arbeit des BMB unterstützen?
Ihr Beitrag ist wichtig!
Ja! Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, im Mannheimer Behindertenforum, das sich zweimal im Jahr trifft, und natürlich auch in dort vertretenen Verbänden oder Organisationen mitzuarbeiten. Auch im Berufs- und Alltagsleben kann jeder einen Beitrag leisten, indem er die Belange betroffener Menschen wahrnimmt und berücksichtigt sowie Austauschmöglichkeiten zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen nutzt und unterstützt. Dadurch wird das Zusammenleben in Mannheim für alle bereichert.

Sitz des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in K1, 7-13

Herausgeber: Stadt Mannheim
Dezernat für Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Kultur
Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren
Redaktion: Klaus Dollmann
Fotos: Mannheimer Behindertenforum
Bezug: Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren
K1, 7 – 13, 68159 Mannheim
behindertenbeauftragter@mannheim.de
Kontakt: Klaus Dollmann, Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Stadt Mannheim, Fachbereich Soziale Sicherung,
Arbeitshilfen und Senioren, Planungsbüro
K1, 7-13, 68159 Mannheim
Tel. 0621 293-3490, Fax. 0621 293-473490
klaus.dollmann@mannheim.de
Druck: Hausdruckerei der Stadt Mannheim

2

Behindertenhilfe

Was macht der Beauftragte der Stadt Mannheim für Menschen mit Behinderung?

10 Fragen - 10 Antworten

Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren

STADT MANNHEIM

So können wiederum Modelle für den Einbezug von Menschen mit Behinderung auch in anderen Bereichen der Kommunalpolitik geschaffen werden, denn das Engagement behinderter Menschen ist nicht nur auf dem Gebiet, in dem sie gewissermaßen Experten/innen in eigener Sache sind – der Behindertenpolitik, -planung und -hilfe – von zentraler Bedeutung. Die Beteiligung von Menschen mit Behinderung muss und soll vielmehr in allen Bereichen zur Normalität werden.

Anhang 7

Werbeträger und Infoschriften:

- Flyer zu Konferenzen zum Thema Barrierefreiheit 2007 und 2008
- Flyer zur Vortragsveranstaltung mit Prof. R. Markowetz am 22.01.2009
- Infoschrift „Was macht der Beauftragte der Stadt Mannheim für Menschen mit Behinderung“ (Original kartoniert)

Anlagen:

- Mannheimer Behindertenbericht 2008, Mannheim 2008
- Dokumentation zum Symposium „Leben mit Behinderung im Alltag“, Mannheim 2008
- Dokumentation „Expertengespräche Wohnen, Arbeit, Mobilität, Schule“, Mannheim 2008

Abb. 23: Plakat zur Veranstaltung „Mannheim beste Aussichten“ am 05.05.2007 im Collini-Center

Teilhabe, Integration, Inklusion

Behindertenhilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Vortrag und Diskussion

Prof. Dr. Reinhard Markowetz,
Katholische Fachhochschule Freiburg

Donnerstag, 22. Januar 2009
19:00 – 21:00 Uhr

Collini-Center, 10. Etage
Collinistr. 5

Hinweise zur Veranstaltung

Donnerstag, 22. Januar 2009
19:00 – 21:00 Uhr

Collini-Center, 10. Etage
Collinistr. 5, Haupteingang

Anfahrt mit Auto: Richtung Innenstadt, Parkplatz vor Ort am Collini-Center

Anfahrt mit ÖPNV: Straßenbahnlinien 5,
Haltestelle Collini-Center

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.
Die Veranstaltung ist barrierefrei.

IMPRESSUM
Stadt Mannheim
Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Klaus Dollmann
K 1, 7-13, 68159 Mannheim
Telefon 0621 2933490
Telefax 0621 293-47-3490
klaus.dollmann@mannheim.de

STADTMANNHEIM²

Teilhabe, Integration, Inklusion

Behindertenhilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit

STADTMANNHEIM²

Die gesellschaftlichen Ziele der Behindertenhilfe haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Früher wurde Behinderung vor allem als Defizit des jeweils betroffenen Menschen begriffen. Individuelle Rehabilitation und staatliche Fürsorge standen im Mittelpunkt.

Menschen mit Behinderung haben mittlerweile verdeutlicht, dass sie gleichwertige und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft sind und ihren Anspruch auf gleiche gesellschaftliche Teilhabe geltend gemacht.

Diesen Teilhabe-Anspruch greift der Begriff Integration auf. Damit noch greifbarer wird, dass sich vor allem die Gesellschaft in ihrem Umgang mit Behinderung verändern muss, wird immer häufiger der neue Begriff Inklusion verwendet.

Prof. Dr. Reinhard Markowetz wird an diesem Veranstaltungsabend einen Überblick über die bundesweite Entwicklung der Behindertenhilfe geben und informieren, was es mit Teilhabe, Integration, Inklusion auf sich hat. Im Anschluss an den Vortrag ist Raum für die Diskussion, wie Anspruch und Wirklichkeit in Mannheim aussehen.

Eingeladen sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Teilhabe, Integration, Inklusion

Behindertenhilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Vortrag und Diskussion

Donnerstag 22. Januar 2009
19:00 – 21:00 Uhr

Collini-Center, 10. Etage
Collinistr. 5, Haupteingang

Prof. Dr. Reinhard Markowetz,
Katholische Fachhochschule Freiburg

Grußwort:
Bürgermeister Michael Grötsch

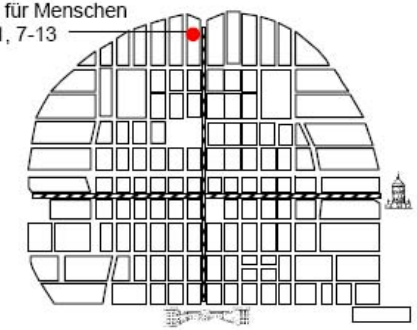
Moderation:
Klaus Dollmann, Beauftragter für Menschen mit Behinderung

Prof. Dr. Reinhard Markowetz
ist Professor für Heilpädagogik an der Katholischen Fachhochschule Freiburg. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Arbeit, Kultur und Freizeit sowie Alter und Behinderung. Prof. Dr. Reinhard Markowetz ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Behinderung.

Klaus Dollmann, Beauftragter für Menschen mit Behinderung
In Mannheim gibt es seit Sommer 2006 einen Beauftragten für Menschen mit Behinderung, der die Weiterentwicklung der Mannheimer Stadtgesellschaft zu einer Stadt mit gleichberechtigten Teilhabechancen von behinderten und nicht behinderten Menschen koordinieren soll.

Mannheimer Behindertenforum
Das hierzu eingerichtete Behindertenforum Mannheim ist der Ort, an dem der Dialog zwischen allen Akteuren stattfindet. Zur Vertiefung der halbjährlichen Sitzungen des Behindertenforums werden zu ausgewählten Themen Einzelveranstaltungen angeboten, die für alle am Thema Interessierten offen sind.

Sitz des Beauftragten für Menschen
mit Behinderung in K1, 7-13



Herausgeber	Stadt Mannheim Dezernat für Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Kultur Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren
Redaktion	Klaus Dollmann
Fotos	Mannheimer Behindertenforum
Bezug	Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren K1, 7 – 13, 68159 Mannheim behindertenbeauftragter@mannheim.de
Kontakt	Klaus Dollmann, Beauftragter für Menschen mit Behinderung Stadt Mannheim, Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren, Planungsbüro K1, 7-13, 68159 Mannheim Tel: 0621 293-3490, Fax: 0621 293-473490 behindertenbeauftragter@mannheim.de
Druck	Hausdruckerei der Stadt Mannheim

Was macht der Beauftragte der Stadt Mannheim für Menschen mit Behinderung?

10 Fragen - 10 Antworten

Fachbereich Soziale
Sicherung, Arbeitshilfen
und Senioren

STADT MANNHEIM
Dezernat II
Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Kultur

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung (BMB)

Klaus Dollmann, Jg. 1951, ist von Beruf Sozialarbeiter. Er war 13 Jahre lang in der Bezirksstelle Mannheim Süd auf der Rheinau in der bezirklichen Sozialarbeit tätig. Darauf folgte eine langjährige Tätigkeit als Gesamtpersonalratsvorsitzender der Stadt Mannheim. Herr Dollmann ist verheiratet und Vater von 3 Kindern.

1 Was macht der Beauftragte für Menschen mit Behinderung (BMB)?

Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern

Der BMB ist Ansprechpartner für alle Menschen mit Behinderungen. Wer als Betroffene/r nicht weiß, wohin mit einem bestimmten Problem, kann sich an ihn wenden. Er vermittelt weiter oder organisiert selbst Hilfe, wenn keine andere Stelle direkt zuständig ist. - Der BMB sucht gemeinsam mit Betroffenen und Experten nach Wegen, Hilfsmöglichkeiten auszubauen oder noch besser zu gestalten. – Er vermittelt Anstöße in viele Bereiche der Stadtgesellschaft, denn auf jeder Ebene soll die uneingeschränkte Teilhabe betroffener Menschen zur Normalität werden.

2 Wie wird man Behindertenbeauftragter?

Vom Oberbürgermeister ernannt

Im Jahr 2006 gab es einen Gemeinderatsbeschluss zur Einrichtung der Stelle, nachdem alle Parteien sich dafür stark gemacht hatten. Das Engagement der Mannheimer Behindertenverbände spielte dabei eine sehr wichtige Rolle.

3 Kann man sich direkt an den Beauftragten für Menschen mit Behinderung wenden?

Jederzeit gern.

Ja, Sie können den BMB persönlich aufsuchen, ihn anrufen oder ihm schreiben; natürlich auch per Email.

4 Wie behindertenfreundlich ist die Stadt Mannheim?

In den letzten Jahren ist viel getan worden

Es gibt in Mannheim viele Anlaufstellen, Einrichtungen, Institutionen und Organisationen, die sehr gute Arbeit leisten und sich für den Abbau sozialer und baulicher Barrieren einsetzen. Trotzdem muss noch vieles verbessert werden.

5 Gab es Fortschritte in den letzten Jahren?

Viele helfen mit

Ja, z.B. hat der Gemeinderat ganz aktuell ein Zuschussprogramm für den Aus- und Umbau von Wohnungen für Mieter/innen mit Behinderung bewilligt. In Tageseinrichtungen und Schulen gibt es eine wachsende Zahl von Projekten, bei denen Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung gemeinsam betreut werden bzw. lernen.

6 Wie sehen die nächsten Vorhaben aus?

Gleiche Teilhabe für alle

Es soll dafür gesorgt werden, dass Menschen mit Behinderung in Mannheim auf immer weniger Hindernisse stoßen, dass z.B. Rollstuhlfahrer gut in die Straßenbahn einsteigen oder ins Kino oder Theater können. - Auch erschwingliche barrierefreie Wohnungen müssen in größerer Zahl bereitgestellt werden. In Kindergarten und Schule, Arbeit und Freizeit sollen Menschen mit und ohne Behinderung mehr Gemeinschaft erleben. Betroffene Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen nur wo erforderlich in Sondereinrichtungen betreut, unterrichtet oder beschäftigt werden. Fachleute nennen das Inklusion. - Jeder behinderte Mensch soll am gesellschaftlichen Leben teilhaben und selbst bestimmen können, wie ihm am besten geholfen werden kann.

7 Mit welchen Partnern innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung arbeitet der BMB besonders eng zusammen?

Betroffene, Fachleute, Vorreiter, Vorbilder

Mit allen Fachbereichen der Stadtverwaltung, Trägern von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Verbänden und Institutionen der Behindertenhilfe. Eine strategische Zusammenarbeit besteht mit dem Planungsbüro im Fachbereich Soziales, Arbeitshilfen und Senioren, wo der BMB organisatorisch angesiedelt ist.

8 Wie ist die Zusammenarbeit mit der Stadtpolitik und Verwaltungsspitze?

Offenheit und Unterstützung sind da

Gut - die Bürgermeister und Dienststellenleiter/innen unterstützen die Arbeit des BMB. Natürlich gibt es Situationen in Gemeinderat und Stadtverwaltung, bei denen dem Thema nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wird. Andere wichtige Aufgaben stehen oft mehr im Mittelpunkt. Aber die Offenheit, sich für die Belange behinderter Bürger stärker einzusetzen, ist deutlich erkennbar.

9 Wofür ist der BMB nicht zuständig?

Keine Rechtsberatung, keine Sozialhilfe

Der BMB darf keine Rechtsberatung durchführen und nicht in laufende Verfahren eingreifen. Er kann auch keine finanzielle Unterstützung erbringen, da die Vermittlung und Bewilligung staatlicher Leistungen nicht zu seinem Aufgabengebiet zählt.

10 Kann ich die Arbeit des BMB unterstützen?

Ihr Beitrag ist wichtig!

Ja! Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, im Mannheimer Behindertenforum, das sich zweimal im Jahr trifft, und natürlich auch in dort vertretenen Verbänden oder Organisationen mitzuarbeiten. Auch im Berufs- und Alltagsleben kann jeder einen Beitrag leisten, indem er die Belange betroffener Menschen wahrnimmt und berücksichtigt sowie Austauschmöglichkeiten zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen nutzt und unterstützt. Dadurch wird das Zusammenleben in Mannheim für alle bereichert.